

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

MITTWOCH, 8. APRIL 1949

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN

5. JAHRGANG / NUMMER 41

Protest gegen Grenzänderungen

MOSKAU. Die sowjetische Regierung hat in Noten an die USA, Großbritannien und Frankreich gegen die „illegale Aenderung der deutschen Grenzen“ protestiert. In der Note heißt es: „Die Sowjetregierung hält es für unvermeidlich, die Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs auf die am 5. Juni 1945 von der sowjetischen, der britischen, der amerikanischen und französischen Regierung unterzeichnete „Erklärung über die Niederlage Deutschlands“ hinzuweisen, in der festgelegt wurde, daß diese Regierungen „die Grenzen Deutschlands oder irgend eines deutschen Gebietes festsetzen“ und daß sie „das Statut für Deutschland oder irgendein Gebiet, das gegenwärtig zum deutschen Territorium gehört, in Kraft setzen“.

Auf Grund des Dargelegten hält die Sowjetregierung es für unerlässlich, den Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs mitzuteilen, daß sie die Veränderungen an der deutschen Westgrenze, die im Widerspruch zur „Erklärung über die Niederlage Deutschlands“ durchgeführt wurden, für illegal hält.“

Europa darf nicht überrannt werden

USA-Generalstabschef für ein militärisches Unterstützungsprogramm

WASHINGTON. Der Generalstabschef der USA, General Omar Bradley, forderte am Dienstag in einer Rede ein militärisches Unterstützungsprogramm zur Stärkung Westeuropas, um einen Angreifer aufzuhalten, bevor er den Kontinent überrennen könne. Der Atlantikpakt werde strategisch den freien Nationen es ermöglichen, „die überragende Macht der Neuen Welt bis zu den Schutzwehren der Alten Welt heranzuführen und so einem Feind Paroli zu bieten, wo er die Grenzen überschreitet.“ Gegenwärtig sei das militärische Schwergewicht in den USA konzentriert, fast 5000 km vom Herzen Europas entfernt.

„Es muß dem amerikanischen Volk durchaus klar sein, daß wir nicht auf Freunde in Westeuropa rechnen können, wenn unsere Strategie im Kriegsfall vorschreibt, daß wir sie zuerst dem Feind überlassen sollen mit dem Versprechen, sie später zu befreien.“ Dies sei jedoch die einzige Strategie, die angewendet

werden könne, wenn das militärische Gleichgewicht in Europa auf den Flügeln der US-Bomber und den Reserven auf dieser Seite des Ozeans beruhe. Wenn nicht Pläne für die gemeinsame Verteidigung der freien Welt die Sicherheit Westeuropas festlegen würden, dann könne man von diesen Menschen nicht erwarten, daß sie ihr Leben für eine gemeinsame Sache aufs Spiel setzen.

Westeuropa müsse auf Amerika zählen können, wenn es überleben solle, wie die USA mit Westeuropa rechnen müßten, wenn sie aushalten wollten. In Europa wisse man genau, daß Westeuropa nur durch die Westeuropäer zu erhalten ist. Widerstand setze jedoch den Willen und die Mittel hierzu voraus. Die Verzweiflung sei für einen auf dem Vormarsch befindlichen Angreifer hundert Divisionen wert.

Der Korrespondent der AP, John Hightower, schreibt: „Präsident Truman wird den Vertrag über den Atlantikpakt voraussichtlich noch vor Ende dieser Woche dem Senat mit einem Appell zur baldigen Zustimmung vorlegen. Eine andere Maßnahme, um den Pakt anlaufen zu lassen, ist die Fertigstellung eines Unterstützungsprogramms mit amerikanischen Waffen, das nahezu 2 Milliarden Dollar kostet. Es ist anzunehmen, daß Präsident Truman dies dem Kongreß für Anfang nächster Woche empfehlen wird.“

Bei den Besprechungen des französischen Generalstabschefs, General Revers, mit amerikanischen Stellen hat sich, nach Meldungen aus Washington, herausgestellt, daß die Bewaffnung der französischen Armee durch die USA auf Schwierigkeiten stößt, weil die in Amerika verfügbaren Waffenbestände bei weitem überschätzt wurden. Die französische Militärration, die für Frankreich geeignetes Kriegsmaterial aufkaufen soll, hat von dem amerikanischen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar erst 7 Millionen ausgegeben können.

In den USA sucht man nun nach Möglichkeiten, um 8 bis 9 französische Divisionen möglichst rasch auszurüsten. Der westeuropäische Generalstab von Fontainebleau möchte allerdings 12 Divisionen zur Verfügung haben. Washington wiederum sieht es als vordringlich an, in Italien 5 Divisionen mit Kriegsmaterial auszurüsten.

Die Nauheimer

W.G. Als wir kürzlich im Gespräch einen der westdeutschen Länderchefs, an dessen föderalistischer Reserve gegenüber propagandistischen Einheitsparolen nicht zu zweifeln ist, fragten, was er von Aktionen wie derjenigen Nadolny's halte, antwortete er mit überraschender Schärfe, kein deutscher Politiker oder Publizist dürfe je daran denken, die Deutschen der Ostzone abzuschreiben, selbst wenn dies nicht in das amerikanische Konzept der Demarkationslinie passen sollte. Die zweite Frage, welcher Weg in der Praxis zu einer Wiedervereinigung führen könne, blieb freilich offen.

So unabdingbar wir den Standpunkt teilen, daß wir den moralischen Anspruch auf unsere Zusammengehörigkeit mit der Landschaft Luthers und Kants, Spees und Kleists, Eichenendorfs und Gerharts Hauptmanns nicht aufgeben dürfen, so glauben wir doch, daß jeder Vorschlag zu seiner Verwirklichung heute mit doppelter Verantwortung an der Realität der weltpolitischen Situation geprüft werden muß. Denn um unserer Wunschträume willen sind wir Deutschen nur zu bereit, dem Fährlein der Utopisten zu folgen, auch wenn wir darüber das Nächstliegende verschmerzen sollten.

Der sogenannte „Nauheimer Kreis“ hat eben ein solches Fährlein aufgepflanzt. Er mußte es in Aschaffenburg, wo er sich am vergangenen Wochenende treffen wollte, schleunigst wieder zusammenrollen, da die amerikanische Militärregierung der Ansicht war, er spiele, wiewohl nicht kommunistisch, den Sowjets in die Hände. Die nichtgehaltene Rede seines Bannerträgers Professor Dr. Ulrich Noack, Würzburger Ordinarius für neuere Geschichte, wurde dafür von dem sowjetisch lizenzierten ADN wohlwollend verzeichnet.

Noack, der erste Vorsitzende dieser „überparteilichen Vereinigung von deutschen Wissenschaftlern, Politikern und Wirtschaftlern“, die schon im Januar mit einer Tagung in Regensburg an die Öffentlichkeit getreten ist, hat bereits im letzten Spätsommer der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz in einer Denkschrift sein Programm vorgelegt, das inzwischen als Broschüre bei Hermann Schaffstein in Köln erschienen ist. Seine Grundthesen lauten zusammengefaßt wie folgt:

1. Alle Besatzungsgruppen sollen zurückgezogen, Ost- und Westdeutschland wieder vereinigt werden. 2. Die unbewaffnete Neutralität und territoriale Unverletzlichkeit Deutschlands soll durch alle Mächte garantiert werden. 3. Deutschland, Oesterreich, die Schweiz und Finnland sollen „eine Isolierschicht zwischen den Kraftfeldern der Welt“ bilden. 4. Rußland soll zur Räumung der deutschen Ostzone bewegen werden, erstens dadurch, daß die Westmächte seine „Vorbherrschaft über Südosteuropa“ anerkennen; zweitens dadurch, daß sie zugestünden, daß das durch den „westeuropäischen Unionsvertrag“ politisch unter ihrem Schutz und im Geuß des ERP stehende Deutschland (Wo bleibt die Neutralität, Herr Noack?) auf Grund einer vertraglichen „dauernden Wirtschafts- und Handelsverbindung“ mit der Sowjetunion die russischen Rohstoffüberschüsse verarbeite.

Damit würden, so meint der optimistische Verfasser, drei Fliegen auf einen Schlag getroffen: einmal könnte sich Deutschland selbst ernähren, zum anderen wären die Angelsachsen von unserer Konkurrenz auf den Weltmärkten befreit, und schließlich würde durch die deutschen Wirtschaftskräfte der Lebensstandard des slawischen Ostens auf das Niveau des Westens gehoben und so „die notwendige soziale und psychologische Voraussetzung für die Entstehung einer befriedeten Welt“ geschaffen werden.

Obwohl der Flug seiner Phantasie durch keinerlei Erwägungen über die tatsächliche Haltung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten gebremst wird, mag Herr Noack doch auch schon einmal etwas von Lenins Weltrevolutionsidee gelesen, von hartnäckigen Vetos der Sowjetvertreter im Sicherheitsrat der UN gehört und von gewissen subversiven Methoden der Machtergreifung erfahren haben. Die Angst, es könne sich in einem neutralisierten Deutschland der Prager Staatsstreich vom Februar 1948 wiederholen, verscheucht er mit dem Hinweis, daß ein Putsch, der in einer Landeshauptstadt der föderativen Republik glücken würde, doch von den anderen unterdrückt werden könnte. Etwas Befürchtungen der Westmächte, Sowjetrußland könne mit Hilfe der gesamtdeutschen Wirtschaftskraft die eigenen Rüstungen steigern, werden folgendermaßen zerstreut: „Wir dürfen darauf vertrauen, daß bei einer gewonnenen Frist in den Tiefen auch der östlichen Welt sich Wandlungen vollziehen können, die zu einer neuen Bereitschaft führen, den Frieden auf immer zu wahren.“

Dieses Vertrauen hatte in Jalta Franklin Delano Roosevelt. Noch das Potsdamer Kondominium hätte eine Basis für eine künftige Neutralisierung Deutschlands bilden können. Aber die Sowjets waren nur daran interessiert, es als Hebel für die kommunistische Gleichschaltung Europas zu benutzen. Um dieser zu entgehen haben heute selbst Kleinststaaten wie Dänemark und Norwegen zugunsten des Schutzes durch die atlantische Gemeinschaft ihre traditionelle Neutralität aufgegeben.

„Schild gegen jede Aggression“

Feierliche Unterzeichnung des Atlantikpakts

WASHINGTON. Am Montagabend unterzeichneten die Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas, der Beneluxstaaten, Italiens, Portugals, Norwegens, Dänemarks und Islands in einem feierlichen Akt in Washington den Atlantikpakt. Vor Unterzeichnung des Paktes sprachen Präsident Truman und sämtliche beteiligten Außenminister.

Präsident Truman nannte das Abkommen einen „Schild gegen jede Aggression und gegen die Furcht vor Aggressionen“. Sinn aller Bemühungen sei es, den ersten Schritt zu tun auf dem Wege zur Verwirklichung eines internationalen Abkommens, das der nordatlantischen Völkergemeinschaft Frieden und Wohlstand erhalten solle. Die Beteiligten machten nur im Einklang mit Artikel 51 der Charta der UN von ihrem Recht auf kollektiven oder individuellen Selbstschutz gegen bewaffnete Angriffe Gebrauch.

Truman schloß: „Wenn irgend etwas in der Welt gegenwärtig gewiß und auch zukünftig unbesiegt ist, so der Wille und Wunsch aller Völker nach Frieden.“

Staatssekretär Acheson sprach von einer „machiavellischen Warnung für diejenigen, die ihren Fuß auf den Pfad der Aggression setzen“. Außenminister Bevin erklärte: „Wir sind dabei, die Vernunft auf den Thron zu setzen und von ihr den besten Gebrauch gegen die Gewalt zu machen.“ Nur wer wirklich Angriffsabsichten führe, könne mit Berechtigung das vorliegende Bündnis als gegen sich gerichtet betrachten, führte der französische Außenminister Schuman aus. Die Vielfältigkeit der möglichen Risiken erfordere auch eine Vielfalt der Vorsichtsmaßnahmen. Ein Widerspruch im französisch-russischen Nichtangriffspakt bestehe nicht. Kanadas Außenminister Pearson sagte: „Alle freien Menschen werden mit uns stärker. Die Welt ist heute zu klein und alle zu sehr voneinander abhängig, um sich auch nur regional zu isolieren.“ Der belgische Außenminister Spaak sieht im Atlantikpakt einen „Akt des Glaubens an die westliche Zivilisation“, der niederländische Außenminister Stikker sprach vom „Ende der Illusion“, daß die UN den internationalen Frieden sichern würden. Die Charta der UN reiche nicht aus, um die von der westlichen Welt als lebenswichtig angesehenen Prinzipien zu schützen.

UN-Vollversammlung eröffnet

NEW YORK. Am Dienstagmittag wurde in Lake Success die Vollversammlung der Vereinten Nationen durch eine Ansprache des australischen Außenministers und Präsidenten der Vollversammlung, Dr. Evatt, eröffnet. Die 12 Außenminister, die in Washington den Atlantikpakt unterzeichnet haben, nahmen an der Eröffnungssitzung teil. Die Außenminister Bevin und Schuman sind noch am Dienstag nach Washington zurückgekehrt, um ihre Besprechungen mit Dean Acheson über das Deutschlandproblem fortzusetzen.

Veränderung im Politbüro?

NEW YORK. Auf Grund von Korrespondentenmeldungen glaubt man in New York Grund zur Annahme zu haben, daß Nikolaj Woznesenski, der vor kurzem seines Amtes als Vorsitzender der staatlichen Planungskommission der Sowjetunion enthoben wurde, jetzt auch nicht mehr Mitglied des Politbüros ist. In den Meldungen der in Moskau tätigen Korrespondenten, die die sowjetische Zensur durchlaufen haben, fehlte jedenfalls bei Aufzählung der Mitglieder des Politbüros sein Name. Rückfragen in Moskau erbrachten keine Berichtigung, allerdings bis jetzt auch noch keine Bestätigung.

Ein salomonisches Urteil

PARIS. Am Montag ist im Kravchenko-Prozeß durch den Präsident Duerkheim das Urteil verkündet worden, das weder den Angeklagten allzu wehe tut, noch Kravchenko vollständige Genugtuung gibt. Die beiden Hauptangeklagten Morgan und Wurmser von den „Lettres Francaises“ sind zu insgesamt 15 000 Fr. Geldstrafe und 150 000 Fr. Schadenersatz an Kravchenko und zur Tragung der allerdings sehr hohen Gerichtskosten verurteilt worden. Das Gericht hat entschieden, daß es den Angeklagten nicht gelungen sei, zu beweisen, Kravchenko habe das Buch „Ich wähle die Freiheit“ nicht selbst geschrieben. Der Verlauf des Prozesses habe vielmehr gezeigt, daß dieser sehr wohl fähig sei, ein solches Buch zu schreiben. Das Gericht hat es abgelehnt, eine Meinung über das sowjetische Regime zu äußern und es hat lediglich festgestellt, daß sich in diesem Falle widersprechende Aussagen glaubwürdiger Zeugen gegenüberstehen und daß sich das Gericht deshalb kein abschließendes Urteil bilden konnte.

Moskau antwortet

Die Protestnoten an die Balkanstaaten als

LONDON. Noch bevor Ungarn, Rumänien und Bulgarien auf die Protestnoten Englands und der Vereinigten Staaten wegen Verletzung der Friedensverträge antworten konnten, hat der Sender Moskau am Montagabend zu den erhobenen Vorwürfen Stellung genommen. Selbstverständlich verteidigte er die genannten Staaten; er bezeichnete die Noten als unehrliche Verleumdungen. Die Balkanstaaten hätten sich streng an die Bedingungen der Friedensverträge gehalten. In Wirklichkeit seien die anglo-amerikanischen Pläne für eine umstürzlerische Tätigkeit in den drei Staaten vereitelt worden und deshalb rege man sich in Washington und London auf. Jetzt sollen die erhobenen Vorwürfe die eigene Angriffspolitik der Vereinigten Staaten und Englands rechtfertigen.

Die rumänische Regierung hat in einer Note an die Vereinigten Staaten dagegen protestiert, daß die amerikanische Militärregierung in Deutschland die Rückführung des Nazi-Beutegutes aus Rumänien unterlassen habe. Von amerikanischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die rumänische Regierung verschiedentlich

„unehrliche Verleumdungen“ zurückgewiesen

zur Anmeldung ihrer Ansprüche aufgefordert worden sei, es jedoch nicht für nötig befunden habe, die erforderlichen vorschriftsmäßigen Anträge zu stellen. Die ungarische Regierung protestierte in einer Note an die Vereinten Nationen gegen den Beschluß Boliviens, den Fall Mindszenty vor den Vereinten Nationen zur Debatte zu stellen.

In Bulgarien ist in den letzten Tagen eine kommunistische Säuberungsaktion durchgeführt worden. Nach der Meldung einer jugoslawischen Nachrichtenagentur seien 300 Personen, hauptsächlich hohe Staatsbeamte und Parteifunktionäre, wegen Spionage zugunsten imperialistischer Länder verhaftet worden. In Sofia wurde amtlich jedoch lediglich mitgeteilt, daß der stellvertretende Ministerpräsident Kostoff seines Amtes enthoben worden sei, weil er während der kürzlichen Handelsvertragsverhandlungen mit der Sowjetunion an Aufrichtigkeit und Freundschaft gegenüber den Vertretern der UdSSR habe fehlen lassen.

In Polen wurde Divisionsgeneral Spychalski zum Minister für den nationalen Wiederaufbau ernannt.

Zusammenstöße bei Paris

PARIS. In der an der Peripherie von Paris gelegenen Arbeitergemeinde Issy-les-Moulineaux kam es am vergangenen Sonntag bei der Wahl des Bürgermeisters zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Kommunisten. Diese versuchten, das Rathaus zu stürmen, nachdem bekannt geworden war, daß der christlich-soziale Kandidat mit 3 Stimmen des MRP, 4 der Sozialisten und 10 der Sammlungsbewegung de Gaulles gegen 16 der Kommunisten gewählt worden war. Mehrere Büros wurden zertrümmert, einige Personen verletzt. Bisher galt Issy-les-Moulineaux als eine sichere Hochburg der Kommunisten.

Truppen nach Indochina

PARIS. Streitkräfte Ho Chi Minhs, die durch gut ausgerüstete, aus China gekommene Verbände verstärkt waren, haben französische Einheiten im Norden Indochinas vorübergehend in eine schwierige Lage gebracht. Die Kommunisten haben offenbar die Absicht, noch vor der Rückkehr des Kaisers Bao Dai, der mit der französischen Regierung kürzlich ein Abkommen geschlossen hat, die Unruhe im Land möglichst zu steigern.

Der französische Ministerrat hat beschlossen, zehn Bataillone, 500 Fahrzeuge und einige Jagdfliegerverbände auf schnellstem Wege nach Indochina zu entsenden.

Räumt Großbritannien Akaba?

TEL AVIV. Am Sonntagabend wurde auf Rhodos das Waffenstillstandsabkommen zwi-

schen Israel und Transjordanien unterzeichnet. Dabei hat Transjordanien gleichzeitig auch im Auftrag des Irak gehandelt. Numehr befindet sich nur noch Syrien im Kriegszustand mit Israel. Die Vorbereitungen für diesen Waffenstillstand haben am Dienstag begonnen.

Gutunterrichtete Kreise Tel Avivs melden die unmittelbare bevorstehende Räumung des Hafens Akaba durch die britischen Truppen.

Auslandskapital in Aussicht

LONDON. In Anwesenheit des britischen Militärgouverneurs für Deutschland, General Robertson, wurde im britischen Außenministerium die vorgeschlagene Aufhebung des Investitionsverbots für Auslandskapital in der Bizone beraten. Gut unterrichtete Kreise erklärten, es sei wahrscheinlich, daß dieser Vorschlag angenommen werde.

Die Militärgouverneure Clay und Robertson haben vor kurzem erklärt, es sei notwendig, daß jährlich 8 bis 8 Milliarden DM in der Bizone investiert werden, damit diese sich ab 1952 selbst erhalten könne.

Feuereinstellung bevorstehend?

NANKING. Nach Meldungen aus Nanking sollen sich die Kommunisten bereit erklärt haben, den Vorschlag der national-chinesischen Regierung, das Feuer einzustellen, anzunehmen. Die Friedensdelegationen befaßten sich bei ihren Besprechungen in Peking bereits mit den technischen Einzelheiten. Der kommunistische Rundfunk äußerte sich allerdings bisher nicht über den Gang der Verhandlungen.

geben. Wie sollten wir etwas durch sie gewinnen können?

Der Diktatur imponiert nur die Macht. Vielleicht hätte schon Hitler seine gewaltsame „Neuordnung Europas“ unterlassen, wenn er beim Beginn seiner Expansion nicht auf das alleinstehende Oesterreich, sondern von Anfang an auf einen von militärischer Abwehr entschlossenen Bund der Demokratien gestoßen wäre. Allein das überlegene Gewicht der vereinten freien Nationen wird auch das Schicksal der zu uns gehörenden Menschen in der Sowjetsphäre erleichtern können. Ein verständnisvoller Ausgleich zwischen Moskau und Washington kann nicht das Ergebnis, er müßte die Voraussetzung einer Neutralisierung Deutschlands sein. Doch das Mißtrauen wächst auf beiden Seiten. Die Naheimer haben offensichtlich das Pferd am Schwanz aufgezäumt.

Was wird in Bonn?

Von unserem A.M.-Sonderkorrespondenten

5x7 = 0 — sagte ein Journalist in Bonn, als nach fünfständiger Beratung der Siebener-Ausschuß gegen Mitternacht ohne jedes Ergebnis auseinanderging. Unverständlich und hart blieben die Parteien auf ihrem Standpunkt stehen. „Besser eine schlechte Verfassung als gar keine“ — sagten die einen (CDU/CSU) — „lieber keine Regierung als eine nicht funktionsfähige“ sagten die anderen (SPD). Beide Standpunkte haben etwas für und etwas gegen sich.

Wir wollen dem Volk nichts vormachen und ihm etwas von einer Verfassung erzählen, wenn dabei ein Bund und eine Regierung herauskommen, die nicht leben und nicht sterben können — sagen die Sozialdemokraten. Es ist

verantwortungslos, am Finanzproblem das Grundgesetz scheitern zu lassen — sagen die Mitglieder der Unionspartei. Natürlich möchte niemand das Grundgesetz scheitern lassen, auch niemand von der SPD. Aber man möchte auch kein Grundgesetz, das die Ohnmacht des Bundes garantiert. Auf die Einwände der Gouverneure hin brachte vor allem die SPD Opfer und machte Zugeständnisse. Die CDU hatte es leichter — denn die Einsprüche der Gouverneure deckten sich haargenau mit ihren Forderungen oder blieben sogar noch hinter diesen zurück. Die CDU erhielt von den Gouverneuren das zurück, was sie allerdings nicht kostenlos in einem Kompromiß der SPD zugestanden hatte. Wenn die CDU in Bonn empfiehlt, auf die Wünsche der Gouverneure einzugehen, so vertritt sie im Grunde ja nur die eigenen Forderungen.

Die SPD will weitere Zugeständnisse nicht machen, weil sie zu einem ohnmächtigen Bund die Hand nicht reichen will. Warum — so fragt man — drängt man uns zu einem Föderalismus, der viel zu teuer ist, als daß das verarmte Deutschland ihn sich leisten könnte und der ohnehin in wenigen Monaten von den leeren Kassen und von der Not — dann wahrscheinlich mit Genehmigung, wenn nicht gar auf Wunsch der Gouverneure — entrechtet wird. Denn das ganze Finanzgebaren in Deutschland wird unter dem Gesetz der Erziehbildigkeit stehen müssen, wenn wir nicht sofort bankrott machen wollen.

Wir können aber niemals ergiebig wirtschaften, wenn 11 Länder 11 Finanzverwaltungen haben und die Landesfinanzverwaltungen den Grad der Intensität der Steueraufbringung und Eintreibung bestimmen. Außerdem ist man der Meinung, daß die Regierungen in London, Paris und Washington die letztlich entscheiden werden, dem Grundgesetz zustimmen werden, wenn sie den westdeutschen Staat wünschen und brauchen, es aber ablehnen, wenn sie ihn nicht wünschen.

Mittlerweile hat man in Bonn wohl noch einiges hinzulernen müssen. Es waren aufregende Tage. Die alliierten Verbindungsstäbe hielten noch in der Nacht Besprechungen, ausländische Journalisten machten sich zu Mittlern zwischen ihren Regierungen und den deutschen Parlamentariern. Aus London kam die eindeutige Erklärung, daß England jedem Grundgesetz zustimmen wird, das in Deutschland mit Mehrheit beschlossen ist. Etwas überraschend für die Bonner Politiker kam aus Washington eine Intervention, die weitgehendes Eingehen auf das alliierte Memorandum wünscht, dessen strikte Befolgung auch von Paris erwartet wird. Da die Sieger sich über das Grundgesetz nicht einig sind, hat der parlamentarische Rat es doppelt schwer, in dieser Woche die rechte Entscheidung zu treffen.

Ehescheidungshaus in Schweden

Von unserem Stockholmer G.D.-Korrespondenten

STOCKHOLM, im April

Die Anzahl der Ehescheidungen in Schweden war in den letzten Jahren schon immer besonders hoch, und in der hiesigen Presse zirkulierten kürzlich Gerüchte, wonach etwa 60 Prozent der in den letzten zwei bis drei Jahren geschlossenen Ehen schon wieder geschieden oder in Auflösung begriffen seien. Zum Teil dürfte dieser Ehescheidungsrekord — die oben genannte Ziffer ist jedoch nicht offiziell, aber auch nicht samt und sonders abwegig — damit zusammenhängen, daß es nur Landessitte geworden ist, sich nach sehr unvollkommener und kurzer Bekanntschaft rasch zu verheiraten. Zwar lebt die schwedische Jugend auch vor der Ehe im allgemeinen recht frei miteinander, aber die Ehe mit Pfarrer, Brautscheier und steifem Vorhemd spielt bei breiten Schichten quer durch die Klassen immer noch eine

erhebliche Rolle als Faktor sozialer Reputation.

Die offizielle schwedische Sozialstatistik teilt jetzt mit, daß die Zahl der Ehescheidungen im vorigen Jahre alle bisherigen Rekorde geschlagen hat. 12 Prozent der 1947 geschlossenen Ehen wurden bereits wieder geschieden! Gegenüber den Jahren 1941 bis 1945 hat sich die Zahl der Ehescheidungen in Schweden verdoppelt, während um die Jahrhundertwende hier nur ungefähr ein Prozent der Ehen auseinanderging. Ferner ist zu diesem Kapitel festzustellen, daß die Ehen in Großstädten mehr als dreimal so oft zerbrochen wie die auf dem Lande. Alkoholmißbrauch nimmt keinen unerheblichen Platz unter den Motiven zur Ehescheidung ein, und oft sind es die Frauen, die — aus ökonomischen Gründen — die Initiative ergreifen.

Kulturplennig nicht verfassungswidrig

STUTTGART. Der württembergisch-badische Staatsgerichtshof hat am Montag in seiner ersten öffentlichen Sitzung entschieden, daß das vom Landtag verabschiedete Kulturplenniggesetz nicht gegen die Verfassung des Landes verstöße. Die Regierung hatte den Staatsgerichtshof von sich aus um eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Gesetzes angegangen.

In der Verhandlung hatte der Vorsitzende des Zeitungsverlegerverbandes, Rechtsanwalt Franz Karl Maier, erklärt, daß das Gesetz im Gegensatz zu der von der Verfassung garantierten Pressefreiheit und der Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz stehe. Vertreter der Verlegerverbände behaupteten, das Kulturplenniggesetz sei als Waffe gegen die unabhängige Lizenzpresse gedacht, und werde den wirtschaftlichen Ruin einer Reihe von Zeitungen zur Folge haben.

Privatbesuch Dr. Adenauers

TÜBINGEN. Nach einer Mitteilung der Staatskanzlei hielt sich der Präsident des Parlamentarischen Rates, Dr. Konrad Adenauer, am Montag im Anschluß an den Parteitag der CDU von Nordbaden in Karlsruhe anlässlich eines Privatbesuchs bei seinen Schwiegereltern in Tübingen auf. Bei dieser Gelegenheit suchte er auch Staatspräsident Dr. Gebhard Müller auf, mit dem er gemeinsam bei der Militärregierung von Württemberg-Hohenzollern einen Höflichkeitsbesuch abstattete.

„Geährdete Demokratie“

STUTTGART. Prof. Dr. Karl Schmid sprach am Montagabend vor Radio Stuttgart zu der augenblicklichen Lage in Bonn. Er stellte fest, daß sich im Augenblick der parlamentarische Rat in einer geradezu ausweglosen Lage befinde. Man gefährde die Demokratie, wenn man ihr die Mittel verweigere, um den Forderungen des Tages und der Zukunft gerecht zu werden.

Wohleb steht allein

KARLSRUHE. Auf dem 4. Landesparteitag der CDU von Nordbaden nahm der Vorsitzende der CDU von Südbaden, Dichtel, Stellung zur Frage des Südweststaates. Er verwahrte sich dabei gegen Unterstellung von Opportunismus, weil zufällig die Konzeption der südbadischen CDU auch den Interessen der Besatzungsmacht nahekomme. Der wiedergewählte Vorsitzende der nordbadischen CDU, Heurich, stellte auf einer Presskonferenz fest, es seien zwischen der Auffassung der nord- und der südbadischen CDU keine Differenzen mehr vorhanden. Wohlebs Standpunkt könnte nicht unbedingt als der der südbadischen Union angesehen werden. Die Initiative für neue Verhandlungen auf der Basis der Karlsruher Übereinkommen liege jetzt bei der württembergischen Regierung. Die CDU Nordwürttemberg bestreite jedenfalls auf dem Südweststaat und ihre Auffassung decke sich mit der der nordbadischen CDU.

Ein alter Brief

Beim Kramen in der uralten Familientruhe — die Jahreszahl 1629 leuchtet sanft in lichte Kirschholz wie verblichenes Gold vom schweren Deckel mit dem riesigen, herrlich geschmiedeten Schlüssel — fand ich einen vergilbten Brief mit der spinnwebfeinen, klaren Schrift des Ururgroßvaters an seinen Sohn Martin vom 20. Februar 1649. Er ist es wert, von allen streitbaren Leuten und nervösen Hitzköpfen unserer Tage gelesen und bedacht zu werden.

Nach einigen Ermahnungen, bei seinem Meister ja recht mit Fleiß zu studieren, heißt es da: „... und ich weiß, daß Du immer gerne die Caroline von Nachbar Bäckern gesehen hast und nach ihr gehst, und ich war dargegen weil ihr Vatter nur Kleinbauer ist und ich den Streit mit ihm hatte von wegen die Wiese an Galgenberge. Er sagte sie ist seine von Vattern her und ich sagte sie ist meine, auch von Vattern her, der hat den alten Bäckler 75 Dähler geliehen und nicht retourbekommen. Du weißt ja, alle die Jahre her gab es Zank deswegen sooft es zus milien und heuen ging, und immer konnten wir uns nich einich werden. Na is er gegangen und dann zu mir gekommen und hat gesagt, Gottlieb, sagt er, wir zwei sind nich gelehrt genug um unsern Streit selber beizulegen. Dadrum bin ich zu die Richters gegangen und habe sie zusammengerufen. Kommt morgen mit mir zum Gericht. Ich wäre ja gern, konnte aber nich, denn ich hatte mein Korn gemäht und mußte es einfahren, es war trocken und mein Rheima dat sehr weh, also Regen in Aussicht. Da habe ich gesagt, geh du alleine, sage die Richters deine und meine Ansicht und dann lasse sie entscheiden. Wie die sagen so werde dann gehalten. An Abende nu kam er wieder und hat gesprochen, höre Kyronberg, hat er gesagt, ich habe deine und meine Sache schlicht und wahr geredet und die Richters haben für dich

entschieden, gottlieb, daß unser Streit nu endlich aus is. Lieber Sohn ich habe mich nehre gefreut und nich wechen die Wiese alleine. Mit Carolinen lege ich Dir nichs mehr in Weg, Redlichkeit in eine Familie ist mehr wert wie Dähler und auf die Wiese helfe ich euch ein Hüusgen bauen wenn ihr so weit seid.

Dies verschreibt Dein treuer Vatter.“ E. L.

„Heiligs Blechle“

Im Schwabenland hört man oft den Ausdruck „Heiligs Blechle“, einen Kraftausdruck, der etwa dem „Dummerkei“ der Norddeutschen entspricht. Sprachgeschichtlich ist es zweifellos interessant, einmal nach dem Ursprung zu forschen. In alten Zeiten, als es noch Mauern und Türme und Torwächter gab, gab es auch Zollblechlein, die vom Torwart gegen Bezahlung des Marktzolls für Marktwaren eingehändigt wurden. Es gab Gesellenblechlein, die der wandernde Geselle vom Oberzunftmeister erhielt, wenn er bei ihm versprach und in der Zunft herberge auf Kosten der Zunft übernachten wollte, und es gab auch ein Bettlerblechlein, das jeder Bettler am Tor in Empfang nehmen und offen tragen mußte, wenn er durch das Städtchen ging. Es war das Zeichen dafür, daß ihm das Betteln untersagt war, und daß er beim Verlassen der Stadt vom Torwart einen Zehrpfennig bekam. Und nun das „heilige Blechlein“ oder das „Blechlein des Heiligen“. Unter dem Heiligen verstand man die Unterstützungskasse der Kirche für Arme und Notleidende, später Armenkasten genannt. Arme Leute, die sich ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen konnten, wurden an einem besonderen Tag auf das Rathaus befohlen, wo sie als Ausweis für ihre Bedürftigkeit und Würdigkeit ein Blechle bekamen, das mit dem Stadtwappen versehen war, das „heilige Blechle“, gegen das sie dann wiederum an einem bestimmten Tag ein Almosen erhielten. Von 1331 an wurde verfügt, daß die Almosenempfänger das Blechle öffentlich und un-

Neues aus aller Welt

FREIBURG. Der Vorstand des badischen Gewerkschaftsbundes konnte sich nicht darüber einigen, in welchem Sinne die Einladung zum Allunionkongreß der sowjetischen Gewerkschaften in Moskau beantwortet werden soll, beschloß jedoch dann alle Einladungen zu Kongressen, die von ausländischen Gewerkschaften erfolgen, abzulehnen. Dabei wurde betont, dieser Beschluß bedeute weder eine positive noch eine negative Einstellung zu irgend einer Gewerkschaftsrichtung.

HAMBURG. Der russische Dampfer „Stalinabad“ hat am Montag Hamburg angefahren, um Reparationsgüter für die Sowjetunion zu laden. Etwa 1000 t bei Krupp in Essen demonstrierte Maschinen stehen dort bereit.

BERLIN. Zur Durchführung der Verordnung über die Beseitigung der Intelligenz in der Ostzone haben der sowjetische Militärkommandeur, General Tschukow, und der Chef des Stabes der SMA, Generalmajor Ljucktschenko, in einem Befehl sämtliche Organe der sowjetischen Militärverwaltung zur Unterstützung und Hilfeleistung angehalten.

INNSBRUCK. Der ehemalige Gauleiter von Tirol, Franz Hofer, dem im vergangenen Sommer, als er aus dem Lager Dachau einer Münchener Sprachkammer vorgeführt werden sollte, die Flucht gelang, soll sich mit seiner Frau nunmehr in Argentinien aufhalten.

ATHEN. Kurzzeit Boden- und Grammosgebirgs schwere Kämpfe zwischen Regierungstruppen und starken Guerillaverbänden statt.

Sensation ohne Sensation

a. h. Die Pariser Sensationslust, die es versteht, aus jedem Prozeß ein forensisches Schauspiel erster Ordnung zu machen, hat in den letzten Wochen im Kravchenko-Prozeß wahre Triumphe gefeiert. Nicht nur die Frage: Hat Kravchenko sein Buch „Ich wählte die Freiheit“ mit den darin enthaltenen schweren Angriffen gegen die Sowjetunion selbst geschrieben? war interessant, viel mehr noch war es der Kläger Kravchenko selbst. Er hat durch sein exaltiertes Auftreten, seine Unbeherrschtheit und seinen Sinn für Aufmachung dafür gesorgt, daß die Zuschauer und Zuhörer etwas von diesem Prozeß hatten. Es gehörte in Paris in den letzten Wochen zum guten Ton, mindestens einmal im Gerichtssaal dabei gewesen zu sein.

In journalistischer Uebertreibung war oft behauptet worden, daß in Paris die Sowjetunion selbst auf der Anklagebank sitze, das heißt, daß es im Letzten hier um die Frage gehe, ob in Rußland wirklich der Terror herrsche und ob tatsächlich eine kleine Minderheit bedenkenlos eine Mehrheit vergewaltige, wobei sie ihre Ziele ohne Rücksicht auf Menschenleben zu verwirklichen versuche. Das war natürlich ein Unsinn. Die Frage, welcher Art das sowjetische Regime ist, stand nicht zur Diskussion, weil sie schon längst beantwortet ist und die Welt den wirklichen Charakter des heutigen russischen Staates sowieso kennt.

Was dem Prozeß einen gewissen politischen aktuellen Anstrich gegeben hat, ist höchstens die derzeitige Stellung der Kommunistischen Partei in Frankreich, der mit den Aussagen der vom Kläger herbeigeschafften Zeugen propagandistisch auch tatsächlich ein gewisser Abtrag geschehen sein mag. Und zwar in einem Augenblick, da es der französischen Regierung darauf ankommen muß, in Ruhe und ohne kommunistische Störversuche ihr Gesundheitswerk weiterzuführen. Aber bekehrt worden ist kein einziger Kommunist. Denn ein solcher läßt sich selbst nicht durch den Augenschein vom Gegenteil seiner Ansicht überzeugen. Er wird sich auch durch das Urteil nicht von seinem Glauben abbringen lassen, daß Kravchenko sein Buch im Auftrage des amerikanischen Geheimdienstes geschrieben hat und daß in der Sowjetunion das Paradies der Werktätigen ist. Im übrigen ist er der Meinung, daß da, wo eine neue Welt zurechtgeholt wird, immer Späne fallen werden und er wird es höchstens noch bedauern, daß nicht auch Kravchenko bei diesen Spänen geblieben ist.

Trotzdem ist den Sowjets natürlich diese Prozeß unangenehm gewesen, wie das immer der Fall ist, wenn irgendwo ein Zipfelchen des Eisernen Vorhangs gehoben wird. Sie haben es sich aus diesem Grunde etwas kosten lassen und haben ganz gegen ihre sonstigen Gewohnheiten zahlreiche Personen die Genehmigung zur Reise nach Paris erteilt, um gegen den Abtrünnigen auszusagen. Daß dabei keine Pannon passierten und daß vor allem niemand auf die Idee kam, die Gelegenheit zu benutzen, um den Sowjetsystem zu entziehen, dafür hatte man in Moskau gesorgt. Selbst bei diesem Aufwand ist für die Sowjets über doch nichts herausgekommen. Nach allem was gesehen ist, und was man in der ganzen Welt längst — und nicht erst seit dem Erscheinen von Kravchenkos Buch weiß, kann es ihnen eben nicht mehr gelingen, aus Schwarz Weiß zu machen.

Einer ist bei diesem Prozeß aber auf jedem Fall ganz auf seine Kosten gekommen: Der Kläger Kravchenko hat für sein Buch eine Bombenteklamation gemacht. Die Honorare sollen seit Beginn der Pariser Verhandlungen astronomische Ziffern erreicht haben. Und die Welt hat wochenlang von seiner Person geredet. Wir meinen, daß es aber jetzt an der Zeit wäre, von ernsthafteren Dingen zu reden. Man hat schon zu lange aus einer Sache eine Sensation gemacht, die nach Inhalt und Bedeutung keine war.

Herausgeber und Chefredakteur: W. H. Hebsacker, Dr. Ernst Müller und Alfred Schwenger
Mitglieder der Redaktion: Gudrun Boden, Dr. Wilhelm Gall, Dr. Otto Brande, Dr. Helmut Knecht, Joseph Klingelhöfer und Franz Josef Mayer

Die Stadt

Man muß sie so um Mitternacht erleben, bei sternbestreutem Himmel durch die Gassen gehn, die Blicke zu den alten Giebeln heben und wo am Markt der Brunnen plätschert, stille stehn.

Man muß die Turmuhr zwölfmal schlagen hören, dann muß man lauschen, was der Nachtwind leise spricht, kein lauter Schritt darf diesen Frieden stören, damit der Wunderbann der Stille nicht zerbricht.

Hans Raldrich Böttner

Deutschland in der Westentasche

Der neue Baedeker

Im Frühjahr dieses Jahres werden erstmalig nach dem Kriege die bekannten Baedeker-Reisehandbücher wieder erscheinen.

Karl Baedeker lebt heute in Malente-Gremmühlen, einem kleinen schleswig-holsteinischen Städtchen und vertritt bereits die fünfte Generation des bekannten Hauses, das in Koblenz anfing und später zusammen mit Tauchnitz, Brockhaus und Reclam der Buchstadt Leipzig Weltruhm gegeben hat. Da Baedeker in seiner Heimatstadt Leipzig keine Verlagszweige wieder erhielt, erwarb er diese im Oktober 1948 in Hamburg. Das erste Werk, ein Handbuch über Schleswig-Holstein, soll bereits in diesem Frühjahr erscheinen. Völlig neu für die bisher den Reisenden in der ganzen Welt bekannten roten Reisehandbücher sind die 200 kleinen Pöcherzeichnungen des in Kürze erscheinenden Bandes, in denen die Hauptpunkte des Landes und die Wappen der Städte charakteristisch abgebildet sind. Neben einer Einführung in die Geschichte und Kultur Schleswig-Holsteins wird auch die neue Wirtschaftsstruktur des Landes berücksichtigt. Ueberhaupt will Baedeker von manchen Gepflogenheiten seiner früheren Reiseleiter abgehen, denn der Reisende wünscht heute weniger einen Führer in der Tasche zu haben, der in gewissem Sinne ein Wegweiser ist, sondern er will ein Handbuch, in dem die geographischen und kulturellen Zusammenhänge des Landes dargestellt werden. In gleicher Form wie das schleswig-holsteinische Handbuch will Baedeker auch Handbücher für Niedersachsen, Westfalen

und die übrigen Länder Westdeutschlands schaffen.

Als ferneres Ziel ist auch eine Neuaufgabe des erfolgreichen Autoführers für ganz Deutschland vorgesehen. Nebenbei will Baedeker eine Serie von Städtebänden über Stuttgart, München und Hamburg herausbringen. Als Anfang zu dieser Reihe erschien bereits ein Bändchen „Leipzig“, das jedoch zeitweilig von der sowjetischen Kommandantur verboten war, weil der Studienplan die allgemein bekannte Zentralkommandantur enthielt. Bei den Städtebänden besteht die Beschreibung der Zerstörungen jedoch große Schwierigkeiten.

Die Neuausgabe der in deutscher und englischer Sprache verfaßten großen Auslandsbände wie Ägypten, Italien, Großbritannien, Spanien und Paris, durch die Baedeker berühmt wurde, lohnt zeitweilig noch nicht, da gegenwärtig nur eine geringe Anzahl von Deutschen in andere Länder reisen dürfen. Aber zahlreiche Anfragen aus dem Ausland liegen schon wieder vor, die nach „ihrem“ alten roten Reiseführer verlangen.

Horst Piechot

Die nordamerikanische Filmakademie in Hollywood hat damit begonnen, die Anfänge der amerikanischen Filmkunst zu erforschen und dokumentarisch niederzulegen. Schauspieler, Regisseure und Techniker, die an der Herstellung der ersten amerikanischen Filme beteiligt waren, werden gegenwärtig dafür interviewt.

Südwürttemberger in Ulm eingetroffen

Ulm. Am vergangenen Montag trafen wieder insgesamt 144 Heimkehrer aus der Sowjetunion kommend in der Münsterstadt ein. Die Heimkehrer dieses Transportes waren durchweg in der amerikanischen Besatzungszone beheimatet. Am gestrigen Dienstag konnte schon in den frühen Morgenstunden ein weiterer Transport mit insgesamt 288 Heimkehrern begrüßt werden. Die Angehörigen dieses Heimkehrertransportes sind in der französischen Zone beheimatet. Unter ihnen befinden sich 97 Heimkehrer, die in Südwürttemberg wohnhaft sind.

Nachstehend geben wir die Namen der Heimkehrer bekannt, die gestern in Ulm eingetroffen sind:

Kreis Calw: Schanz Ernst, Wildbad; Grossmann Friedrich, Emmingen; Schumacher Erwin, Pfundorf; Serwinsky Rudolf, Calw; Ritter Goltz, Stamsheim; Remmel Gustav, Birkenfeld. Kreis Münsingen: Hebecker Eugen, Hundelingen.

Kreis Heilbr.: Weill Peter, Bittelbrunn; Ziegler Wilhelm, Dürrenmettetten; Geiser Wilhelm, Vöhringen.

Kreis Freudenstadt: Faßnacht Fritz, Heizenbach; Zieffler Otto, Igersberg; Dülker Wilhelm, Dietersweil; Maulbetsch Karl, Baiersbrunn.

Präsident Wilhelm Wirthle 75 Jahre alt

Tübingen. Heute kann der Präsident der Oberpostdirektion Tübingen, Wilhelm Wirthle, seinen 75. Geburtstag begehen. Wer den Tagesablauf des Präsidenten kennt, und weiß, wie sich schon am frühen Morgen Besucher und Mitarbeiter die Türkinke seines Zimmers in die Hände drücken, wie viele Schriftstücke täglich durch seine Hände gehen, wie viele Stunden er Besprechungen mit seinen Amtsvorstehern führt, wie viele Fahrten zu den Ämtern ringsum im Lande oder zum Besuch eines Lehrgangs seiner Post-schüler unternimmt, der würde wohl nie auf den Gedanken kommen, daß dieser Mann bereits in der Mitte der 70er Jahre steht. Eine ungeheure Arbeitskraft, Frische und seltene Entschlußfähigkeit und eine unverwundliche Gesundheit zeichnen ihn und versetzen immer wieder alle, in Bewunderung, die mit ihm zu tun haben. Präsident Wirthle ist Mitglied des Landtags und Vorsitzender der Demokratischen Volkspartei in Württemberg-Hohenzollern. Der Aufbau und Ausbau der DVP nach dem Kriege ist in hohem Maße seiner Initiative und Energie zu verdanken.

Fahrgeldbetrügereien

Tübingen. Die Eisenbahndirektion Karlsruhe bittet uns um Veröffentlichung der folgenden Mitteilung: Die Eisenbahnverwaltung macht darauf aufmerksam, daß seit der Währungsstellung die Schwarzfahrten, Fälschungen von Fahrausweisen und mißbräuchliche Inanspruchnahme von Fahrpreisermäßigungen überhand genommen haben. Die ihr hieraus erwachsenden Einnahmeverluste sind bedeutend und gefährden die Ausführung wichtiger Aufbaubarbeiten. Im öffentlichen Interesse ist daher die Eisenbahnverwaltung gezwungen, den Betrügereien mit strengen Mitteln zu begegnen und die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen. Sie wird dabei ohne Ansehen der Person vorgehen. Fahrausweise sind Urkunden. Ihre Fälschung, dazu gehört auch das Ändern der Daten und Unterschriften, ist Urkundenfälschung. Die Eisenbahnverwaltung warnt nochmals eindringlich vor solchen Betrügereien und Fälschungen.

Wir hören im Rundfunk

Von Radio Stuttgart

Mittwoch, 6. April: 18.00 Nachmittagskonzert, 17.00 Blick in die Welt, 17.15 Moderne französische Musik, 18.00 Zeit und Leben, 18.20 Sport, gestern und heute, 18.30 Es singt der Chor des Musikwissenschaftlichen Seminars der Universität Heidelberg, 20.00 In der Hirschkirche: Um Freiheit und Menschenwürde - Man sollte dagegen sein, 20.40 Eine Stunde bei Theo Mackeben, 21.30 Das schöne Lied, 22.30 Tanzmusik, 23.30 Kupferstichungen. Donnerstag, 7. April: 18.00 Schubert - Sonatina, 18.30 Nachmittagskonzert, 18.50 Landesdirektor Gustav Zimmermann: Jugend hinter Gittern, 19.00 Kleines Konzert, 19.00 Mensch und Arbeit, 19.15 Jugendfunk, 19.20 Klänge der Heimat, 20.00 Mach mit und lach mit, 20.45 Heimat Egerland, 21.00 Sei gepriesen, Du lauschige Nacht, Operellenmelodien, 21.30 Das Streitspiel, um Richard Wagner, 22.30 Meister des Jazz.

Freitag, 8. April: 16.00 Nachmittagskonzert, 17.00 Wie sprechen über neue Bücher, 17.15 Klaviermusik, 18.00 Zeit und Leben, 18.30 Heinz-Lucas-Cairfax und Gera Bachmann, 20.00 Frühling in Wien, ein Melodienstreifen, 20.40 Der Rosenkavalier, von Richard Strauss, 2. und 1. Akt, 22.10 Aus Oper

„Dantons Tod“ als Oper

Süddeutsche Erstaufführung im Württembergischen Staatstheater

Das bedeutendste Ereignis dieser sonst etwas wachsenden Opernsaison ist die Erstaufführung eines stark jungen Talent des musikalischen Theaters kennen: Gottfried von Einem seine Oper „Dantons Tod“, nach dem Prosaerzählwerk Georg Büchners komponiert, wurde im Rahmen der Salzburger Festspiele 1947 uraufgeführt. Entstanden ist sie 1944/45, als opus 5 des damals 26jährigen Komponisten. Vorher schon hatten die Berliner Philharmoniker und das Berliner Staatsopernhaus (unter Karajan) sich für zwei Orchesterwerke von ihm eingesetzt. Gottfried von Einem stammt aus Bern, kam aber schon 1938 als Korrektor der Staatsoper nach Berlin und studierte dort gleichzeitig bei Boris Blacher Komposition. Sowie die konkreten Daten. Am Schluß, nachdem die Guillotine ihr Werk getan hat, singt die abtötende Menge: Man muß den Menschen in allen Verhältnissen sehen. Das Können von Brecht sein. Solche gewollt kaltschnäuelige Belehrung im Kontrast zu einem schreckensvollen Moment leitet sich von den Brecht-Weill'schen Lehrstücken her. Ihr epischer Stil hat in der modernen Oper Schule gemacht. Er beherrscht auch hier die dramaturgische Komplexität. Boris Blacher, mit von Einem Bearbeiter des Textes, faßt die stemlos vorüberziehenden Szenenreihen Büchners in sechs knappen Bildern zusammen. Sie dauern, mit den die Verbindung überbrückenden Zwischenspielen, kaum drei Stunden.

Ein klarer Aufbau eine übersichtliche Gliederung. Aber zurück bleibt dabei nichts als der nackte Verlauf der Handlung. Die Zeit reicht weder dazu aus, den Figuren seelisches Volumen zu geben, noch dazu, den Lauf des Schicksals zwingend zu entwickeln. Brichtiger. Die Zeit wird nicht aufgewandt. Auf die Wirkung der Gestalten hangen, er soll in die Dynamik des Vorgangs hineingerissen werden. Das Individuelle bleibt daher passiv und dekorativ. Differenziert, mit widerstreitenden Gruppen, wird nur die Masse, der Chor, und, mit Klangcharakteren und rhythmischen Valeurs, die Tonsprache des Orchesters.

Im Brennpunkt der öffentlichen Probleme

Aus der Arbeit des Gemeindetags Württemberg-Hohenzollern

Am vergangenen Freitag trat der aus den Vertretern der Gemeinden und Kreisverbände des Landes bestehende Gesamtvorstand des Gemeindetags Württemberg-Hohenzollern unter dem Vorsitz des Präsidenten, Oberbürgermeister a. D. Hartmeyer, im Rathaus in Tuttlingen zum zweitenmal in diesem Jahre zusammen. Im Mittelpunkt der Tagung stand der umfassende allgemeine Geschäftsbericht für die Zeit seit der Gründung des Gemeindetags im Oktober 1947. Präsident Hartmeyer leitete diesen Bericht mit einem Überblick über die Ziele des Gemeindetags und seine Organisation ein. Die Form des Einheitsverbands der Städte, Gemeinden und Kreisverbände hat sich in unserem Lande auf beste bewährt. Als wichtigste Instrumente der kommunalen Praxis nannte er die 17 Kreisabteilungen, in denen die Bürgermeister der einzelnen Kreise zusammengefaßt sind, sowie die nach Fachgebieten gegliederten Arbeitsgemeinschaften des Gemeindetags. Bei seiner Gründung hat sich der Gemeindetag die Aufgabe gestellt, seine Mitglieder zu beraten, den Erfahrungsaustausch zu pflegen, die gemeinschaftlichen Interessen der Mitglieder in kommunalrechtlichen, organisatorischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu wahren und sich den Regierungsstellen gegenüber zu kommunalen Fragen zu äußern. Diese Aufgaben sind laufend mit wenig Personal und geringen Mitteln, doch mit gutem Erfolg erfüllt worden.

Es gibt kein Problem unseres Landes, an dem die Gemeinden und Kreise als die alle politischen Strömungen überdauernden Zellen des Staates nicht irgendwie beteiligt sind und das infolgedessen nicht ihren Verband, den Gemeindetag, beschäftigt.

„Zu Achalm auf dem Felsen...“

Ha no, soll der Berg doch noch reutlingerisch werden?

Wie wir hören, hat die herzogliche Hofkammerverwaltung Althausen der Stadt Reutlingen das Angebot gemacht, den zum Hofkammergut gehörenden Teil der Achalm, also praktisch den ganzen Berg von der mittleren Höhe ab aufwärts, an Reutlingen zu verkaufen. Als Kaufpreis verlangt der derzeitige Besitzer, Herzog Philipp Albrecht von Württemberg, die runde Summe von 100 000 DM.

Die Nachricht, daß die alte Achel, Wahrzeichen der Stadt und für alle Reutlinger inbegriff des Heimatgefühls, zum Verkauf angeboten wird, mag manchem als verspäteter Aprilscherz erscheinen. Ha no, die Achalm gehört doch zu Reutlingen! Dem ist aber nicht so. Vielmehr liegen die Dinge recht kompliziert. Sie gehört auch heute noch nicht einmal zur Markung der Stadt, sondern bildet eine eigene Markung, die 75,5 ha groß ist. Dagegen setzt sich der Gemeindebezirk Reutlingen aus den Markungen Reutlingen, Bettingen, Sondelfingen, Achalm und Ohmenhausen zusammen. Eigentümer der Achalm sind wiederum drei verschiedene Rechtspersonen: einmal das ehemalige Haus Württemberg, vertreten durch dessen Erben, den Herzog Philipp Albrecht, der eine Gesamtfläche von 81 ha als sogenanntes Hofkammergut besitzt, eine Fläche also, die größer ist, als die eigentliche Markung Achalm und die ganze Berggruppe einschließlich der bekannten Meierei umfaßt.

Wieso, gehört nun ein so großer Teil der Achalm dem herzoglichen Hause? In den neun-

Der Bericht des Präsidenten über die Behandlung der Anträge des Gemeindetags zum Finanz- und Lastenausgleich im Landtag gab Anlaß zu der erneuten einmütigen Feststellung des Gesamtvorstands, daß die Gemeinden ihre vielseitigen, für das Volk überaus wichtigen Aufgaben nur dann erfüllen können, wenn der Staat die notwendigen Voraussetzungen dazu schafft. Entweder müssen den Gemeinden die Mittel zur Aufgabenerfüllung durch den Staat zur Verfügung gestellt oder die notwendigen Einnahmequellen überlassen werden. Dabei wird besonders auf die Finanzsorgen der kriegsgetroffenen Städte und Gemeinden hingewiesen. Bei der knappen Finanzdecke der öffentlichen Hand ist es nach Auffassung des Gemeindetags unabdingbar, Verwaltungsaufgaben abzubauen und die Verwaltungen zu vereinfachen.

In den weiteren Beratungen wurden Lohn- und Tariffragen, Fragen des Krankenausweises, des Jagdrechts und Fragen des Schullastenausgleichs für auswärtige Schüler an höheren Schulen behandelt.

Der stellvertretende Präsident, Landrat Hesselbarth, Freudenstadt, gab einen Bericht über die Frankfurter Tagung des Deutschen Landkreistages am 21. März 1949, die sich mit dem Problem der Neuordnung des deutschen Raumes befaßte.

Oberbürgermeister Kalbfell, Reutlingen, sprach über die allgemeine Lage auf dem Gebiet des Wohnungsbau. Er wies auf das vom Landtag vor wenigen Tagen verabschiedete Gesetz zur Förderung des Wohnungsbau hin, nach dem das Land 10 Millionen DM für unverzinsliche Darlehen und Zuschüsse zur Verfügung stellt. Mit prägnanten Worten zeigte er die Kernprobleme des Wohnungsbau auf.

hundert Jahren, seitdem die Grafen von Achalm die Burg erbaut hatten hat sie ihre Besitzer so oft gewechselt, daß man eine lange Liste aufzählen müßte. Für heute nur soviel, daß sie 1376 endgültig in den Besitz der Grafen von Württemberg kam und bis auf wenige vorübergehende Unterbrechungen in württembergischen Besitz blieb. Die Stadt Reutlingen hat wiederholt im Laufe der Jahrhunderte versucht, sie zu erwerben, jedoch immer erfolglos. 1650 hatte Herzog Eberhard III. eine herrschaftliche Meierei auf den unteren Gütern eingerichtet, und 1782 kaufte die Gemeinde Eningen vorübergehend den Viehhof von der herzoglichen Rentkammer, um ihn schon zwei Jahre später an zwei Enninger Bürger wieder zu veräußern. Lange Zeit baute man auf der Achalm Kartoffeln an, später wurde der obere Teil wieder ausschließlich Viehwiese. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts brachte der Reutlinger Hofrat Dr. Cammerer den größten Teil des eigentlichen Berges an sich.

Im Jahre 1823 erwarb König Wilhelm I. von ihm und noch vier weiteren Grundstücksbesitzern das ganze Gut um 34 000 Gulden und vergrößerte es später noch durch weitere Ankäufe. Die alten Gebäude der Meierei wurden mit Ausnahme des erwähnten Wohnhauses abgebrochen und durch zwei neue ökonomische ersetzt. König Wilhelm begründete sodann in seinem Gut die bekannte Merino-Schafzucht, zu der sich später auch die Zucht von Angoraziegen gesellte, und baute auch die Obstkulturen wesentlich aus. 1892 wurde dem jeweiligen Pächter auch das Recht zuerkannt, in seinem Haus eine Gastwirtschaft zu betreiben, die sich lange großer Beliebtheit erfreute. Durch diesen Kauf kam also das königliche Haus in den unmittelbaren Besitz der Achalm. Da nach der Revolution und der Staatsneubildung des Jahres 1919 die Eigentumsrechte der Dynastie nicht angetastet wurden, trat Herzog Albrecht von Württemberg das Erbe an, nach dessen Tod sein Sohn Philipp Albrecht, der in Althausen „residiert“.

Sollte sich die Stadt Reutlingen für das Angebot interessieren, so dürften es also weniger wirtschaftliche Überlegungen sein (die Pachtsumme der Meierei beträgt jährlich 4000 DM, wozu noch Einnahmen aus der Verpachtung der Viehwiese kommen können), sondern wohl in erster Linie lokalgeschichtliche Gründe. Die Reutlinger könnten das also zum ersten Mal in der Geschichte sagen, daß sie auf eigenem Grund und Boden stehen, wenn sie vom Turm der Achel herabblicken, den man dank der Fürsorge des Hochbaurats jetzt wieder ohne Lebensgefahr besteigen kann, - bis auf den göttlichen Zipfel natürlich, der nach wie vor den Eninger Nachbarn gehört.

Max Fritzsche mit einer hohen Jesnerschen Treppe, die vom Faltenwurf eines blutroten Vorhangs abgeschlossen wird. Der Beifall am Schluß war nicht herrlicher als die Musik. Aber er hielt an im Dank für eine imponierende Leistung. Mit den Leitern der Aufführung zeigte sich auch der Komponist.

Literaturpolitik

Der historische Materialismus ist das Dogma der atheistischen Gegenkirche. Mit dem intoleranten Anspruch auf Absolutheit und Universalität gibt er seinen Gläubigen die ökonomisch-soziologische Formel in die Hand, mit der alle Gebiete des menschlichen Lebens gleichermaßen einfach wie gewaltsam gedeutet werden. Mit ihr wird auch der Gehalt der Dichtung auf ihre gesellschaftlichen Bestände reduziert. Jedes Werk wird nach dem Grad seiner „Fortgeschrittenheit“ eingestuft. „Faust“ wird zur Verkörperung des weitausgreifenden Bürgertums, Grillparzer zum Ankläger der habburgischen Reaktion. Gesellschaftskritik einerseits und Hymnik auf das kommende Zeitalter andererseits werden im Grund genommen als die beiden einzigen Themen anerkannt.

Diesem Schema seiner Protokollen folgte der Vorsitzende des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, Johannes R. Becher schon, als er in der Moskauer Emigration die „Internationale Literatur“ redigierte. Es war nicht zu erwarten, daß er nun davon abgehen werde, da er zusammen mit Paul Wiegler die neue Zeitschrift „Sinn und Form“ herausgab. Das erste Heft des ersten Jahrgangs (1948) ist in einem Umfang von rund 100 Seiten vor kurzem in der „Potsdamer Verlagsgesellschaft, Produktionsgruppe Rütten und Loening“ erschienen.

Da die Sowjets die nach einem Stalinwort amerikanische Schlichtheit und revolutionären Elan vereinen wollen, Dostojewski wegen seines slawischen Fatalismus und wohl auch wegen seiner Christentum feindlich ist, ist man zunächst überrascht, über ihn einen Aufsatz aus der Feder von C. F. Ramon in dieser Umgebung zu finden, wird aber der Hintergrund schnell gewahrt: die aus dem persönlichen Temperament und dem humanistischen Milieu des welsch-schweizerischen Bukarester stammende Abnei-

Quer durch die Zonen

Stuttgart. Der Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Kleit, ist am vergangenen Samstag in Begleitung von Bürgermeister Hirn und der vom Gemeinderat bestimmten Delegation der Stadtverwaltung zu einem Gegenbesuch nach St. Helens abgefahren.

Stuttgart. Die Landesversicherungsanstalt plant bei Stuttgart die Errichtung einer Lungenheilstätte. Das Gelände hierzu wurde von der Stadt erworben. Mit den Bauarbeiten soll schon in wenigen Wochen begonnen werden.

Grosselfingen, Kreis Hechingen. In der Nacht zum Montag brannte das Wohn- und Ökonomiegebäude des Johann Pflaster restlos nieder. Die Bewohner des Hauses konnten nur das nackte Leben retten. Bei dem abgebrannten Anwesen handelt es sich um eines der größten und schönsten Bauernbetriebe. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Hechingen. In einem Geböf der Gemeinde Dettingen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Im Hinblick darauf muß die auf heute angesetzte Sonderkörnung und Absatzveranstaltung des Fleckviehzuchtverbandes des württembergischen Schwarzwaldes in Rottweil bis auf weiteres verschoben werden.

Spaichingen. Zwischen dem Landeseisenbahnverband Tabak und der Landesgewerkschaft Nahrung und Genuß wurden Verhandlungen über eine Teuerungszulage für die Arbeiter der Zigarrenindustrie geführt. Es wurde vereinbart, daß sämtliche Lohnempfänger in der Zigarrenindustrie für die Monate März, April und Mai eine Teuerungszulage von 10 DM erhalten. Sie wird ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht in derselben Höhe gezahlt werden.

Im Bräukerk der Fortwerker Schussenried, Kreis Biberach, war infolge einer Staubexplosion ein Brand ausgebrochen, der von den Feuerwehren Schussenried, Reichenbach und Saulgau gelöscht werden konnte. - Der Zimmermann Anton Weiser in Obermarchtal, Kreis Biberach, wurde bei Bauarbeiten in einer Scheune von einem fallenden Balken so schwer getroffen, daß er sofort tot war. - Bei einem Gewitter wurden zwei Pferde des Landwirts Karl Haag in Benzingen, Kreis Sigmaringen, auf dem Felde durch einen Blitzstrahl getötet. Haag selbst wurde verletzt und mußte in das Landeskrankenhaus Sigmaringen eingeliefert werden. - In Sigmaringen wurde gestern die Gründung eines landwirtschaftlichen Fachverbandes für das Land Württemberg-Hohenzollern vollzogen. - Die für August geplante Tuttlinger Kulturwoche ist auf das nächste Jahr verschoben worden. - Die Schramberger Majolika-Fabrik, die im Jahre 1938 von dem Stuttgarter Gauamtsleiter Zeller gekauft wurde, ist jetzt wieder auf die alten Besitzer Moritz und Leopold Meyer übergegangen. - In Balingen findet am kommenden Montag eine Konferenz des erweiterten Vorstandes des Gewerkschaftsbundes statt, bei der zu der Urlaubsfrage Stellung genommen wird.

Das geht alle an

Erleichterungen für alle Stromabnehmer

Nachdem sich die Lage in der Versorgung mit elektr. Energie etwas gebessert hat, können die folgenden Erleichterungen, die im Einvernehmen mit dem Chef der D.L.-Abteilung T 14 - festgelegt wurden, gewährt werden.

Alle Haushaltsabnehmer erhalten für Einkochzwecke ein einmaliges Sonderkontingent an elektr. Energie, das zu einem beliebigen Zeitpunkt innerhalb des Zeitraumes 1. April bis 31. August 1949 in Anspruch genommen werden kann. Die Höhe dieses Sonderkontingents ist nach der folgenden Tabelle entsprechend der Anzahl der über dem Namen Biograf belieferter Personen zu ermitteln.

Table with 2 columns: Zusatzkontingent kWh, Personenzahl. Values range from 130 kWh for 1 person to 220 kWh for 12 persons.

Jeder Abnehmer der Verbrauchergruppe Handel und Handwerk darf ab 1. April 1949 bis auf weiteres ein Gewerkekontingent in Anspruch nehmen, das 120 Prozent seines bisherigen Gewerkekontingentes beträgt. Außerdem können die Abnehmer dieser Verbrauchergruppen bei Nachweis eines erhöhten Bedarfs an elektrischer Energie Zusatzkontingente erhalten. Die Abnehmer der Gruppe Industrie können bei Nachweis eines erhöhten Bedarfs bei ihren Fachverbänden Kontingentverfügungen fordern.

Die während der triftlichen Nachtzeit und bei Sonderabnehmern während des Wochenendes bezogene und vom Tagesverbrauch getrennt genessene Energie wird bis auf weiteres auf das Kontingent nicht anzurechnen. Der Bezug dieser Energiemenge ist nicht eingeschränkt.

Die Benutzung elektrischer Energie für Schaufenster- und Reklambeleuchtung wird im Rahmen der den Abnehmern zustehenden Kontingente bis auf weiteres gestattet.

gung gegen den „morbiden Stiller“ Dostojewski wird dazu benutzt, um dessen antilicher Diskriminierung mit der Autorität eines neutralen Nobelpreisträgers Nachdruck zu verleihen.

Ernst Niekisch stempelt in einer Auseinandersetzung mit Ortega y Gasset den Verfasser des „Aufstands der Massen“ zum letzten, aussichtslosen Anwalt des Gentlemenliberalismus. Die Analyse des Gegners klingt dabei - ähnlich wie in den sowjetischen Kriegsbroschüren, die uns in russischer Gefangenschaft zu Gesicht kamen - oft wie ein ungewolltes Selbstgeständnis: „Die Intelligenzschicht ist dazu berufen, Sinn aufzuklären und aufzudecken. Immer sucht sie die Macht in ein förderndes Verhältnis zum Geist zu gelangen; der Geist soll den Anspruch der Macht rechtfertigen.“

Gerade dies scheint uns der „Sinn“ der gepflegten „Form“ zu sein, mit der diese Zeitschrift an den deutschen Leser herantritt.

Wenn wir ausführlicher auf diese Neuerscheinung eingehen, so geschah es, um an einem konkreten Beispiel die grundsätzliche Methodik kommunistischer Literaturpflege oder, besser gesagt, Literaturpolitik aufzuzeigen. Von der nationalsozialistischen Unterdrückung sieht sie sich in ihrer Zielsetzung, nicht in ihren Mitteln, die hier wie dort in einer strengen Sclitong und Zurechtbiegung des Ererbten und Gegenwärtigen in die eigene revolutionäre Linie bestanden und bestehen. Die kommunistischen Literaten vermögen um so gefälliger Verwirrungen zu stiften, als sie im Gegensatz zu dem nationalsozialistischen „Ritus und Boden“-Prophezen, die mit Ausnahme von Hamann über keine Anhänger von Weltformat verfügten, alle humanistisch-freihethischen Erscheinungen in ihre Zwangsperspektive einbeziehen und damit Dichter und Schriftsteller zu ihren Ahnen und Jüngern machen, die, wenn sie der sowjetischen Wirklichkeit begegnen, ebenso zu ihren Gegnern werden müßten wie André Gide nach seiner Bußfahrt. Die Übersiedlung Pléviens nach Westdeutschland darf wohl als eine ähnliche Umkehr angesprochen werden. Wir würden uns nicht wundern, wenn ihm Johannes R. Becher, dessen lyrisches Werk Stellen tiefer und echter Aussage umfaßt, trotz „Sinn und Form“ eines Tages folgen würde - um der Dichtung, und das will sagen, um der Wahrheit willen. W. G.

Im Zeichen des Reinigungsprozesses

Südwürttembergs Wirtschaftsfrage im I. Quartal 1949 / Zunehmende Wechselproteste Allgemeiner Produktionsanstieg / der Stabilisierung entgegen

Dr. G. H. Der Reinigungsprozess, dem die Betriebe in den ersten beiden Monaten des Jahres durch Geldverknappung, Kreditrestriktionen, Preiselstürze, Absatzstößen unterworfen wurden dauerte auch im März unvermindert an. Im großen und ganzen blieb jedoch die Wirtschaft krisenfest. Von 5 Anträgen auf Vergleichsverfahren kleinerer Betriebe der Holzverarbeitenden Industrie führte ein Fall zum Konkurs. Die von den Banken (ohne Landeszentralbank) zu Protest gegebenen Wechsel stiegen immerhin von 37 000 DM im Januar auf 71 000 DM im Februar an. Die dadurch sichtbaren Zahlungsschwierigkeiten beeinflussten jedoch nicht den allgemeinen Produktionsanstieg, vielmehr behauptete die Industrieerzeugung im März den günstigen Februarstand, für den sich ein Index von 73,9 gegenüber 67,5 im Januar errechnet (1938 = 100). Die Umsatzziffern im Handel hielten den im Februar erlittenen Verlust in den zwei letzten Märzwochen wieder auf.

Finanzielle Sorgen mit ernstem Charakter traten in neugegründeten Industriebetrieben und in besonderer Weise bei der Demontage bestimmten Firmen der Metallindustrie auf. Dem Mangel an Kapital für langfristige Investitionen stand eine ausreichende Versorgung mit kurzfristigen Kreditmitteln zur Gewährleistung der laufenden Produktion gegenüber. Das Kreditvolumen in Württemberg-Hohenzollern-Lindau stieg seit Ende Oktober bis Ende Februar fast um 100% an, gegenüber nur ca. 25% in der Bizone. Die LZB ließ sich bei ihrer großzügig gehandhabten Kreditpolitik von den besonderen wirtschaftlichen Bedürfnissen der südwürttembergischen Wirtschaft leiten. Die Aufhebung der Kreditrestriktionen wird deshalb für Südwürttemberg vorerst keine wesentliche Änderung der bisherigen Kreditpolitik mit sich bringen.

Die Belebung der Produktionsgüterindustrie, seit Monaten unverkennbar sichtbar, setzte sich nicht in gleich raschem Tempo fort. Eine rückläufige Bewegung machte sich in der Eisen- und Metallindustrie bemerkbar, als Folge einer akuten Roh- und Hilfsstoffverknappung. Hinzu traten Kohlenmangel und Illiquidität der Betriebe, die im Verein mit Absatzschwierigkeiten in Einzelfällen Produktions-einschränkungen bedingten. In den Spezialzweigen der metallverarbeitenden Industrie liegen jedoch ungleich bessere Verhältnisse vor. Vor allem die Reutlinger Metalltechnikindustrie erweiterte ihr Produktionsvolumen. Beschäftigung und Absatz sind gesichert. Die Wiedergewinnung der Exportmärkte für Metalltücher stößt aber immer noch auf Hindernisse.

Nachhaltig ansteigend ist die Produktionsentwicklung in der Papierindustrie, die den Stand von 1938 erstmalig erreichte. Die Betriebe sind auf Monate mit Aufträgen versehen und für die Aufnahme neuer Arbeitskräfte bereit.

Die Verbrauchsgüterindustrien haben die im Februar spürbar auftretenden Absatzschwierigkeiten in der französischen Zone noch nicht überwunden. Die Rohstofflage in der Textilindustrie hat sich wesentlich gebessert und wird eine vielseitige und qualitativ hochwertige Erzeugung begünstigen. Nachdem die Baumwollspinnereien in der französischen Zone im Januar einen Rohstoffzugang von 2668 Tonnen verzeichneten, der sich ungefähr zu 85 Prozent aus zugeteilten und zu 15 Prozent aus selbst beschafften Rohstoffen zusammensetzte, steht eine weitere Lieferung von USA-Baumwolle in Höhe von 4250 Tonnen aus ERP-Mitteln des IV. Quartals kurz bevor. Die gleichzeitige Freigabe von Krediten für das I. und II. Quartal 1949 hat jedoch die Lage geschaffen, daß Firmen von der ihnen schlusselhaft zuzustehenden Rohstoffzuteilung nicht voll Gebrauch machten und auf einen Teil ihrer Quote zugunsten zahlungsfähigerer Firmen verzichteten. Die Bekleidungsindustrie erzielte eine 60prozentige Kapazitätsausnutzung. Seit Einführung des Gewebeschecks wurde eine flüssigere Rohstoffversorgung erzielt.

Die Schuhindustrie ist zur Behebung der Absatzkrise auf die Herstellung feinerer Ledersorten in den Lederfabriken angewiesen, um

Vorschrift für Rechnungen an die Besatzungsmacht

BADEN-BADEN. Auf Grund einer erneuten Verfügung der Militärregierung sind Rechnungen über Leistungen für die französische Besatzungsmacht spätestens innerhalb von 45 Tagen vom Tage der Lieferung an gerechnet, der Militärregierung durch Vermittlung des zuständigen Requisitionsamtes vorzulegen. Auf jeder Rechnung, die in dreifacher Ausfertigung - zweimal in deutscher und einmal in französischer Sprache - gefordert wird, muß die Angemessenheit des Preises durch den zuständigen Innungsverband bescheinigt sein. Für Lieferungen und Leistungen aller Art, die bis zum 31. 3. 49 abgeschlossen wurden, sind die Rechnungen bis spätestens 19. April einzureichen. Alle Rechnungen, die den Anforderungen dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden nicht anerkannt.

den Geschmacksansprüchen der Verbraucher zu genügen. Bei erhöhter Nachfrage, die zweifellos in den nächsten Monaten als Frucht der wiedererwachenden Sparsamkeit bei den Konsumenten einsetzen wird, sind überseeische Häuteimporte dringend erforderlich.

Unter den Verbrauchsgüterindustrien erlitt die Möbeldindustrie im März eine Verschlechterung der Lage. Die neuen Holzpreise haben in den letzten beiden Monaten zu einer Erhöhung der Preise für die Erzeugnisse der Möbelindustrie geführt und die Absatzbedingungen eher verschlechtert als verbessert. Finanzielle Belastungen erfahren die Betriebe zusätzlich durch steigende Zahlungseingänge, die die Auszahlung der Löhne und Gehälter problematisch machen.

Nach allgemeiner Besserung der Rohstofflage für die Verbrauchsgüterindustrien im I. Quartal 1949 blieb die Kohlenversorgung völlig unzureichend. Sie führt in fast allen Industriezweigen zu ständigen Belastungen. Ernsthaftige Produktionsstörungen konnten in vielen Fällen nur durch den freien Zukauf von Kohle zu erhöhten Kosten vermieden werden.

Die Preise für Industrieerzeugnisse blieben im wesentlichen auf dem Stand des Vormonats; mäßig sinkende Tendenz haben die Preise für Erzeugnisse der metallverarbeitenden und der Lederindustrie. Lohnerhöhungen wurden

Vorsicht vor Hotelneubauten

Probleme der Wiederaufbaufinanzierung im Fremdenverkehrsgewerbe

III. Auf der soeben abgeschlossenen Düsseldorf Hotel- und Gaststättenmesse wurde dem Besucher an Hand von einprägsamen Schaubildern die überragende Stellung der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft als Devisenbringer vor Augen geführt. In den letzten Jahren vor dem zweiten Weltkrieg erreichte der Gesamdevisenumsatz durch Fremdenverkehr die beachtliche Höhe von 320 Millionen Mark, wovon allein im Jahre 1936/37 auf das verhältnismäßig kleine Reiseland Südwürttemberg mehr als 5 Millionen Mark als Devisengeneriert entfielen. Ausländer-Fremdenverkehr ist ja nichts anderes als eine „unsichtbare Ausfuhr“, und dieser „Export“ brachte allein bei den ersten sieben Devisenheften in der amerikanischen Zone im ersten halben Jahr ihres Bestehens die runde Summe von 300 000 Dollar ein, von denen nur 60 000 Dollar zur Wiedereinfuhr von hochwertigen ausländischen Lebensmitteln für die Verpflegung der ausländischen Gäste verwendet werden mußten.

Falsche Spekulationen

Unter diesem Gesichtspunkt wird die Sorge der Hoteliers, ihre durch Krieg zerstörten und durch zweckfremde Belegung beschädigten Häuser im Hinblick auf den Besuch der in diesem Jahr angemeldeten 300 000 Ausländer wieder in Schuß zu bringen, zu einem gesamtwirtschaftlichen Anliegen.

Für den Wiederaufbau der zerstörten und die Wiederingangsetzung der beschädigten Betriebe sind beträchtliche Kapitalien notwendig. Die Tatsache, daß in den Städten Beherbergungsraum äußerst knapp ist, hat vor der Währungsreform, als die Geldquellen noch reichlicher flossen, dazu verführt, Hotelneubauten in Angriff zu nehmen. Einige konnten noch mit allem Geld fertiggestellt werden, der größere Teil aber trat erst halbzeitig in die währungsreformierte Zeit ein. Viele Hotelneubauten wurden mangels genügender Mittel eingestellt oder sind für Zwecke des Handels und der Industrie vollendet worden. Aus den Erfahrungen der Jahre nach dem ersten Weltkrieg hat das Hotel- und Gaststättengewerbe nicht gelernt, daß für den Neubau eines Hotels die gleichen betriebswirtschaftlichen Überlegungen angestellt werden müssen, wie für den Aufbau eines Industrie- oder eines Handelsunternehmens. Betriebswirtschaftliches Denken setzt in diesem Gewerbe anscheinend erst dann ein, wenn der Konkurs unvermeidlich ist.

Wer ein Hotel bauen will, muß scharf kalkulieren und er muß sich von der Illusion großer Verdienstmöglichkeiten frei machen. Schon jetzt hat die große Masse der bestehenden ertragsreichen Gaststätten und Hotels Schwierigkeiten, ihre auf Grund der gestiegenen Rohstoff- und Beschaffungspreise richtig kalkulierten Preise für Speisen und Zimmer zu fordern, da diese an der Grenze der Zahlungsfähigkeit der Gäste liegen. In einem Hotelneubau würde bei dem gegenwärtigen Baukostenindex die Betteneinheit auf 10 000 bis 15 000 DM zu stehen kommen, was zur Folge hätte, daß für ein Einzelzimmer in einem Neubau pro Nacht 30 DM verlangt werden müßten, ein Preis, den niemand zu zahlen in der Lage ist.

Konsequenzen der öffentlichen Hand

Für einen Hotelneubau in den vielerorts geplanten Ausmaßen kommt unter den gegenwärtigen Umständen Eigenkapital nicht in Betracht, weil niemand derartige Summen nach der Wäh-

dagegen durch Zuschläge auf die bisherige Spinnereimarge und durch die Erhöhung der Löhne in der Papierindustrie um 20-25 Prozent seit dem 1. 1. 1949 wirksam. Die Befriedigung gewisser Lohnansprüche hat auf der anderen Seite die Leistung der Arbeiter sichtbar verbessert, so daß geringfügige Korrekturen durchaus im volkswirtschaftlichen Interesse liegen können, ohne das Preisniveau zu erschüttern.

Der Großhandel zeigt eine starke Zurückhaltung im Einkauf. Werbung und Reisetätigkeit wurden in verstärktem Maße aufgenommen. Der Textilgroßhandel erweitert seine Absatzgebiete mit Erfolg auch nach der Bizone.

Im Einzelhandel haben sich die Umsätze gegenüber Februar nur geringfügig erhöht; besonders der Lebensmittelhandel verzeichnet einen Rückgang der Geschäftstätigkeit. Eine wesentliche Verbesserung des Verkaufs machte sich nach einem Umsatzrückgang im Januar und Februar in der zweiten Hälfte des Monats im Textileinzelhandel bemerkbar. Die Preisentwicklung ist leicht rückläufig. Im Handel mit Haushaltsartikeln sind die Umsätze im März gegenüber Februar um 15 Prozent niedriger. Die Preisentwicklung ist noch unsichtlich.

Die Verkehrskrise, infolge Kohlenmangel durch Ausfall von Zügen vor allem im Personenverkehr entstanden, entspannte sich Anfang April.

Die weitere Entwicklung, durch Arbeitslosigkeit kaum beeinträchtigt, wird die südwürttembergische Wirtschaft wohl einer Stabilisierung entgegenführen.

Wirtschaftsminister für weitgehende Aufhebung der Bewirtschaftung

BADENWEILER. Auf einer Tagung der Wirtschaftsminister der französischen Zone wurde eingehend die Frage der Freigabe bewirtschafteter Erzeugnisse besprochen und beschlossen, der französischen Militärregierung folgende Waren zur Freigabe vorzuschlagen: Spinnstoffwaren aller Art, Leder und Schuhwaren, Papier und Papp, Holz (außer Nadelrundholz, Grubenholz und Faserholz), Rohabak und Tabakwaren, Edelmetalle und bisher noch bewirtschaftete Chemikalien. Gleichzeitig wurde - vorbehaltlich der Genehmigung der Militärregierung - die Freigabe einer Reihe von Preisen beschlossen, unter anderem für Häute, Felle und Leder, für die holzverarbeitende Wirtschaft, für Textilien (außer Tüchen, Wäsche, Wirk- und Strickwaren), Keifen und zahlreichen Chemikalien. Damit würde im wesentlichen die Angleichung an die Bizone hergestellt sein.

setzung für Hotelneubauten ist die Sicherung einer ausreichenden Rentabilität der Häuser, und dazu bedarf es sowohl einer durchgehend guten Frequenz, rationalster Betriebsabgarung wie einer vernünftigen Steuerpolitik des Staates.

Vorausschauende Planung

Die Frequenz der deutschen Hotels lag nach dem ersten Weltkrieg dauernd unter der für eine ausreichende Rentabilität notwendigen Belegung und sie erreichte diesen Normalstand erst im Jahre 1936. Es ist also zur Vermeidung von Fehlinvestitionen unerlässlich, vor der Inangriffnahme eines Hotelneubaus zuerst zu prüfen, ob die Nachfrage nach Beherbergungsraum auch in Zukunft dem Angebot an Betten entsprechen wird. Die Entscheidung darüber setzt intensive Markt- und Standortbeobachtung voraus. Untersuchungen also, die wegen ihrer wissenschaftlichen Natur dem Hotel- und Gaststättengewerbe nicht sonderlich liegen und über die sich die Praktiker immer wieder zu ihrem eigenen Schaden glauben hinwegsetzen zu können. Wenn das Hotel steht, ist es für solche Überlegungen zu spät.

Zur Hebung und Sicherung einer ausreichenden Frequenz aber wird es notwendig sein, daß sich das Hotel- und Gaststättengewerbe in Zusammenarbeit mit den Fremdenverkehrsverbänden, den staatlichen Fremdenverkehrsbehörden und den Reisebüros zu einer ausgesprochenen „Lenkung“ des Fremdenverkehrs, zu einer Verteilung der Gäste über die Jahreszeiten hinweg, entschließt. Wenn nicht derartig systematisch vorgegangen wird, bleibt die Finanzierung des Wiederaufbaus der deutschen Hotellerie „ein ungelöstes Problem“, zum Nachteil der gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Wirtschaftliche Kurzberichte

Kürzung der ECA-Kredite für die franz. Zone WASHINGTON. Die ECA-Behörde hat die Kredite für die französische Besatzungszone in Deutschland zum Ankauf von Pflanzenfasern, Trockenkartoffeln und Oelkuchen um 1,38 Mill. Dollar gekürzt.

Krise in der Schwarzwälder Möbelindustrie FREUDENSTADT. Die Möbelindustrie des Kreises Freudenberg leidet gegenwärtig unter einer Absatzstockung. Die Betriebe hoffen jedoch, Entlassungen verhindern zu können.

Gewerbefreiheit noch weiter ausgedehnt FRANKFURT. Die amerikanische Militärregierung hat über die Gewerbefreiheit eine neue Direktive herausgegeben. Darin heißt es, daß in den deutschen Gewerbebetriebsverordnungen das Wort „Meisterprüfung“ nicht mehr enthalten sein darf, wenn es sich darum handelt, die Qualifikation eines Handwerkers für die Gewerbebetriebe festzustellen. Bezüglich der Einschränkungen heißt es in der Direktive, daß Gaststätten, Bäckereien, Metzgereien, Schlachthäuser sowie der Kolonialwarenhandel an sich unter den Begriff des öffentlichen Gesundheitswesens fallen. Da aber viele Lebensmittel außerhalb der amtlichen Kanäle an den Verbraucher gelangen, hat die Militärregierung bestimmt, daß Lizenzierungen für Betriebe der Lebensmittelindustrie nicht benötigt werden.

Neuer Rekord in der Steinkohlenförderung ESSEN. Die Steinkohlenförderung der britischen Zone hat im Monat März nach vorläufigen Angaben mit insgesamt 8 894 334 Tonnen das bisher höchste Monatsergebnis seit Kriegsende erreicht. Der Tagesdurchschnitt hat gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von rund 2000 Tonnen erfahren.

Volle Getreidepreiszahlung Die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten teilt mit: Bei der Getreidepreiserhöhung im Oktober 1948 wurde der Landwirtschaft eine Nachzahlung des Differenzbetrages zwischen dem alten und neuen Preis für das noch zum alten Preis abgeleitete Getreide in Aussicht gestellt. Die bereits im Januar begonnene Nachzahlung kann jetzt zum Abschluß gebracht werden, nachdem der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für die Zahlung des Differenzbetrages an die landwirtschaftlichen Betriebe notwendige Restbeträge von zehn Millionen DM nunmehr in voller Höhe zur Verfügung steht. Von der Summe erhalten vordring-

lich die Länder die erforderlichen Beträge, die die Nachzahlung der Preisdifferenzen bisher noch nicht oder nicht in vollem Umfang durchführen konnten.

Wiederaufbaubank gewährt 400 Millionen Investitionskredite

FRANKFURT. Nach einer Mitteilung des Zweimächtigkeitskontrollrates wurde die Kreditanstalt für Wiederaufbau ermächtigt, einen sofortigen Vorschuß von 400 Millionen DM zur Deckung des unmittelbaren Kapitalbedarfs des Kohlenbergbaus, der Metallindustrie und weiterer Industriezweige zu gewähren.

Für Aufhebung des Verbots ausländischer Kapitalinvestitionen

FRANKFURT. Die beiden Militärregierungen der Bizone haben ihre Regierungen ersucht, das Verbot ausländischer Kapitalinvestitionen in der Doppelzone aufzuheben. Clay und Robertson haben darauf hingewiesen, Westdeutschland benötige Investitionen von 6 bis 8 Milliarden DM jährlich. Der größte Teil der erforderlichen Summen könne zwar in Deutschland selbst aufgebracht werden, doch sei der Kapitalbedarf der Bizone nicht ohne ausländische Investitionen zu decken. Zu diesem Projekt meinte ein amerikanischer Geschäftsmann, er habe noch nichts davon gehört, daß Amerikaner in Deutschland Geld investieren wollten. Ein entmutigender Faktor sei die Schwierigkeit, die Gewinne in harte Währung umzuwandeln.

Endgültiges Herstellungsverbot für Kautschuk und Benzinsynthese?

LONDON. Der Berliner Berichterstatter des „Observer“ glaubt zu wissen, die Vertreter der drei Westmächte hätten sich bei ihren Besprechungen über die deutsche Demontage u. a. dahin geeinigt, daß die Herstellung von Kautschuk und synthetischem Benzin aus der Liste der „vorübergehend beschränkten“ Industrien herausgenommen und auf die Liste der Herstellungsverbote gesetzt werden solle.

Zentralfinanzamt für volkseigene Betriebe

BERLIN. Nach einer Verfügung der DWK wird auf Befehl der sowjetischen Militäradministration in Berlin ein „Zentralfinanzamt“ errichtet, das auf für volkseigene Betriebe zuständig ist. Durch Gründung dieses besonderen Finanzamtes ist die Finanzabgarung der Hauptindustrie in der Ostzone der öffentlichen Beurteilung entzogen.

Advertisement for Nigrin disinfectant. Includes text: 'Nie vergißt des Käufers freier Sinn: Auch in Mangelzeiten gab's Nigrin!' and '1 Million neuer Adressen f. Handel u. Industrie, nach Gebieten geordnet, Katalog Kosten, Merkur, Elmbeck 70'.

Advertisement for Lebold Fr. J. Schweickert. Text: 'Was viele nicht wissen - daß in den letzten 250deutschen Klassenlot. Hauptgewinne mit 300 000, 100 000, 50 000 DM nach Württemberg fielen. Jetzt ist die beste Gelegenheit! Ziehung 1. Klasse 26. April Höchst-Hauptgewinne u. Prämie D 500 000 - 300 000 D 200 000 - 100 000'.

Advertisement for Rheuma, Ischias, Neuralgien. Text: 'Rheuma, Ischias, Neuralgien dann nur... Romigal! Auch bei Gelenksrheuma, Gicht sind Romigal-Tabletten hervorragend bewährt.'

Advertisement for Matratzen-Fabrik M. Heusel & Co. Text: 'Kusterdingen Kreis Tübingen, Fernsprecher 2916 Tübingen liefert Matratzen in friedensmäßiger Ausführung'.

Advertisement for Achse Pferde. Text: 'Ab Samstag steht ein frischer Transport junger rheinisch-belgischen Schläges u. Ostfriesen, mittl. und schweren Schläges in meinen Ställen. Zu werden Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst eingeladen.'

Advertisement for Möbeltransporte. Text: 'für Nah- und Fernfahrten M. WALTER & SÖHNE Tübingen, Fernspr. 37 32'.

Advertisement for Rote Kreuz Lotterie. Text: 'Kauft Lose der Rote-Kreuz-Lotterie Württemberg-Hohenzollern! Lose zu 1,- DM, Losebeutel mit 11 Lose zu 18,- DM, zu haben in den kenntlich gemachten Verkaufsstellen, auf Wunsch bei der Geschäftsstelle REBER, Tübingen, Wilhelmstraße 8'.

Advertisement for Bohnenkaffee. Text: 'Frisch gerösteter Bohnenkaffee sorgfältig verlesen u. behandelte Qualitätskaffee (Santos), direkt aus dem Hamburger Freihafen. 1/2-kg-Paket 14,- DM 1-kg-Paket 28,- DM zuzügl. Porto / ab 2 kg portofrei'.

Advertisement for Schlichte Weinlager. Text: 'Schlichte Weinlager aber reichhaltig! Vertreter mit bester Verkaufserfahrung gesucht. Bedingung: Textilsachmann, etw. 40 Jahre alt, im Textileinzelhandelsgebiet im Verkaufsgebiet Württemberg-Hohenzollern, Geboten: Ausnahmefähige Stellung als Angestellter im Ausendienst v. leistungsstärkender Textilwarengroßhandlung Südbaden. Ausführliche Angebote m. kompl. Unterlagen u. Bild unter ST 100 an das Schwäbische Tagblatt'.

Calwer Stadtnachrichten

Sonntagsruhe aus Stuttgart

Ein Sonderzug brachte am letzten Sonntag mehr als hundert Wandfreunde aus Stuttgart ins Nagoldtal nach Calw, von wo aus besonders die hübschen Krökuswiesen in Zavelstein besucht wurden. Nach alter Gepflogenheit ging mit Marschmusik zum Marktplatz, wo Freunde des Schwarzwalddistrikts die Gäste aus Stuttgart in die vorgesehenen Speiselokale brachten und hernach auf schönen Wanderwegen nach Burg Zavelstein geleiteten. Wenn auch der Wettergott nicht besonders gut gelaunt war, trübte dies die Stimmung der Stuttgarter nicht allzusehr, viele von ihnen trafen hier alte Freunde und Verwandte und verstanden es, den Sonntag froh zu verbringen. Hoffen wir, daß bei den nächsten Besuchen die Sonne über unseren Bergen lacht und die Wandfreunde aus Stuttgart abends voll befriedigt heimkehren.

Calw und Umgebung im Film

In der kommenden Reise- und Ferienzeit wird der Schwarzwald nach Fortfall der Reisebeschränkungen wie früher Aufnahmegebiet für viele Erholungssucher sein, zumal Hotel- und Gaststättengewerbe wieder in der Lage sind, ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen. Auch die Reisebüros rufen bereits um den Strom der Reisenden zu stehen, werten um den Erholungssuchenden, werden für landschaftlich schöne Reiseziele. Dieser Werbung dienen drei Filme aus dem Kreis Calw, mit deren Herstellung im Herbst des vergangenen Jahres begonnen wurde. Diese drei Filme, die auf PSP-Film der Pathé aufgenommen wurden, sind nunmehr fertiggestellt, unter ihnen der Film „Schwarzwald — Reiseziel Calw“. Der Film, der an die Stadtverwaltung übergeben wurde und am 10. Mai erstmalig hier im Georgenraum gezeigt werden wird, um dann für Reiseverkehrsvermittlungen zu dienen, wirt in Wort und Bild für den Besuch in Calw und Umgebung, Übersichtsarten veranschaulichen die Lage des Reisegebietes, Landschaftsaufnahmen und Straßenszenen zeigen Lage und die Bestrebungen des Gaststättengewerbes, des Handels und der Industrie in Calw, Hirsau, Bad Temsch und Zavelstein.

Die Calwer Aprilwitterung in Zahlen

Die Sonne stand am 21. März mittags bereits 41 Grad über dem Horizont; im Lauf des April vergrößert sich ihr Höhenwinkel beträchtlich, muß er doch bis zum 21. Juni seinen Jahreshöchstwert von 64,5 Grad erreichen. Der Tag nimmt um eine Stunde 44 Minuten zu und hat am Monatsende schon eine Länge von 14 1/4 Stunden. Die Mitteltemperatur des Monats beträgt für Calw 7,9 Grad, sie ist gegenüber dem März um 4,5 Grad gestiegen. Ein Rückblick auf das 19. Jahrhundert ergibt, daß sie stärker Schwankung fähig ist. So betrug der Aprilmittel im Jahr 1812 nur 4,3 Grad, 1820 dagegen 11,8 Grad. Daraus ergibt sich eine Schwankungsbreite von 7,5 Grad, und der kälteste April entspricht etwa einem durchschnittlichen Calwer März, der wärmste einem Calwer Mai, d. h. die Durchschnittemperatur kann sich nach den bisherigen Erfahrungen um einen vollen Monat nach unten und oben verschieben. Die Mitteltemperatur der Höhenorte bleibt nicht unbedeutend hinter Calw zurück, sie beträgt für Schönbürg 6,4 für Döbel 6,2 Grad. Genau das Gegenteil gilt für den Niederschlag. Da empfängt Calw 36 Liter je qm, Schönbürg (an 15 Niederschlagsagen 82, Aichhalden 80, Döbel und Besenfeld je 100, der Rutenstein auf dem Kniebisstock sogar 161, also fast das Dreifache des Calwer Niederschlags) und zugleich den württembergischen Aprilhöchstwert. Eine vergleichende Ueberschau des 19. Jahrhunderts ergibt, daß der Calwer Niederschlag im April noch einer größeren Schwankung fähig ist als der Wärmegrad: 1899 fielen 134 Liter je qm, 1893 überhaupt kein Regen. Das will also besagen, daß Calw im ersten Fall etwa den Aprilniederschlag einer Tropenstation via Batavia erhält, im anderen Fall aber regenfrei blieb wie ein ausgesprochenes Wüstengebiet (etwa Assuan oder Timbuktu).

Einführung der Sommerzeit

In der Nacht vom 9. zum 10. April 1949 wird die Sommerzeit eingeführt. Die Uhren werden am 10. April um 2 Uhr auf 3 Uhr vorgestellt. An dem Febrizianer der Züge ändert dies hier nichts. Dagegen treten in den Grenzgebieten und bei einigen Schnellzügen Änderungen ein, die in einem Betriebsplanungsblatt bekanntgemacht werden. Auskunft erteilen die Bahnhöfe.

25 Jahre Arbeitsamt Nagold

Das Arbeitsamt Nagold kann in diesem Jahr sein 25jähriges Bestehen feiern. Es ist gleich nach Beendigung der Inflation im Jahre 1924 errichtet worden. Heute sind dem Arbeitsamt Nagold auch seine Nebenstellen in Calw, Neuenbürg, Wildbad und Heub unterstellt, die zum Teil früher selbstän-

dige Arbeitsämter waren. So sind die Arbeitsämter Calw und Heub schon vor dem Arbeitsamt Nagold, noch während des ersten Weltkrieges, 1918, ins Leben gerufen worden, wobei allerdings das Arbeitsamt Heub dann 1924 wieder aufgehoben wurde

Abmangel zwingt zu Steuererhöhungen

Vom Rathaus Altmittel

Die Beratung des Haushaltsplanes 1949/50, der mit 326.000 DM. Einnahmen und 388.000 DM. Ausgaben einen Abmangel von rund 62.000 DM. aufweist, stellte den Gemeinderat in seiner letzten Sitzung vor folgenschwere Entscheidungen. Zur Deckung des Abmangels schlug die Stadtverwaltung eine Erhöhung der Gewerbesteuer vom bisherigen Hebesatz von 200 auf 300, der Grundsteuer A landwirtschaftliche Grundstücke von 100 auf 150 und der Grundsteuer B (Gebäude) von 130 auf 180 vor. Dadurch ergibt sich eine Mehreinnahme von rund 25.000 DM., während der verbleibende Teil des Abmangels durch Umbochung der Dotationsfelder abgedeckt werden soll. Es war ein hartes Ringen, bis der Gemeinderat mit 84 Stimmen beschloß, dem vorgeschlagenen Steuererhöhungen seine Zustimmung zu geben. Verschiedene Wege zur Verminderung des Defizits wurden vorgeschlagen. Eine lebhafte Aussprache entspann sich über die Einführung der Einwohnersteuer als einem möglichen Mittel, die Erhöhung der anderen Steuern zu vermindern. Soziale Gründe gegen diese Steuer, weil sie die Armen der Armen belastet und ihr Ertrag im Verhältnis zur Belastung und zur Veranlagungsarbeit gering sei, wurden vorgetragen. Soziale Gründe für diese Steuer, daß alle Einwohner gleichmäßig zu den Lasten herangezogen werden sollen, wurden geltend gemacht. Ein Antrag, die Einwohnersteuer einzuführen, wurde nicht gestellt. Der Feststellung, daß Altmittel mit den Steuererhöhungen im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Gemeinden nun auf gleicher Stufe stehen würde entgegengehalten, daß die Steuererhöhung

und das Amt in Nagold sozusagen an seine Stelle trat. Auch in Neuenbürg war gleich nach Beendigung des ersten Weltkrieges, 1919, im Zeichen der damaligen Arbeitslosigkeit ein selbständiges Arbeitsamt geschaffen worden.

im gegenwärtigen Augenblick besonders hart sei, weil sie die Betroffenen in einer ernsten Krisenzeit treffe. Der nun ausgelegene Haushaltsplan setzt die Gemeindeverwaltung in die Lage, die drückende Hypothek, die auf der Ausgabenseite vorherrscht, die Hochwasserschäden, zu überleben und mit ihr ins Reine zu kommen. Aus den vielen Einzelposten des Haushaltsplanes sei erwähnt, daß die städtische Volkbücherei mit einem Bestand von 454 Bänden in Betrieb tritt und das städtische Elektrizitätswerk seine wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung für die Stadt erneut unter Beweis gestellt hat, wenn auch festgestellt werden muß, daß ein Rückstand von Stromgebühren in Höhe von 6400 DM. vorhanden ist. Als vordringliche Arbeiten, die im nun beginnenden Wirtschaftsjahr durchgeführt werden sollen, wurden aufgeführt: Durchführung der Nagoldkorrektur, Straßenunterhaltungsarbeiten, wobei neben der notwendigen Teuerung der Rosenstraße und anderer Straßen vor allem die Notwendigkeit des Umbaus des Ueberbergerwegs festgestellt wurde, Sicherstellung der Wasserversorgung (an eine Erweiterung ist nicht gedacht), Gebäudeunterhaltung, und Neubausarbeiten. Hier ist vorgesehen, die Waldriedensscheuer zu einem Wohngebäude mit vier Wohnungen umzubauen. Bemerkenswert ist die Einsetzung eines anhaften Dotrages zum geplanten Ausbau der Oberschule zu einer sechsklassigen Anstalt. Der Gemeinderat befaßte sich mit verschiedenen Mißständen im öffentlichen Bild der Stadt, deren Abheilung dringend erforderlich ist. Eine nichtöffentliche Sitzung schloß sich an.

Blick in die Gemeinden

Bad Liebenzell. Nachdem der Verband der Körperbeschäftigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen in verschiedenen Gemeinden unseres Kreises sich organisiert hat, konnte er auch in Bad-Liebenzell seine Gründungsversammlung abhalten. Kamerad Schöln, Calw, gab einen Überblick über Sinn und Zweck des Verbandes und wies weiter über das zu erwartende neue K.R.-Leistungsgesetz. Zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Bad-Liebenzell, der die Gemeinden Mönchau, Unterhaugstett, Seiberg, Malsbach und Unterlangenshardt angehören, wurde Dr. Richard Kohn gewählt, weiter Max Braun als Stellvertreter, Friedrich Zeeb als Schriftführer und Heinrich Beer als Kassier.

Simmolzheim. Bei der ersten Sitzung des Gemeinderats mit dem neuen in sein Amt eingesetzten Bürgermeister Gaiser wurde die Handsteuer für 1949 auf 20 DM. für den 1. Hand besetzt, nachdem sie im Jahr 1948 noch 40 RM. betragen hatte. Für Weiterhand wurde ein Steuersatz von 15 DM. und für Schlafhand auf je 10 DM. festgesetzt. Zum Gemeindefürsorgeplan wurde der Bürgermeister bestellt. An eine Firma, die sich für die von Wasserleitung nach fäuligen Perrotrohren interessiert, wurde ein günstiges Angebot gemacht. Als Baugeld-Zuteilung für die Heizperiode 1949/50 wurden 2 Rm. pro Familie und 1 Rm. für Einzelstehende ohne eigenen Haushalt festgesetzt. Danach werden als 1. Rate an alle Empfangsberechtigten 1 Rm. regelmäßig ebenso werden Fischen in begrenztem Umfang zugewillt. Des weiteren wurden noch Wohnungsfragen besprochen. Im April des Ortsrat wurde neue Mitglieder gewählt.

Neubottach. Nachdem durch Kriegseinwirkung zwei große Kirchenfenster eingeschlagen wurden, ist es der Kirchengemeinde nun gelungen, dieselben wieder einsetzen zu lassen. Der Stuttgarter Glasmaler Salls übernahm die Anfertigung und fachgerechte Montage der Fenster, die mit schönen Motiven die Kirchenbesucher erfreuen. Außerdem wurden bereits über 4000 DM. gesammelt, um im Herbst die längst erwartete große Kirchenglocke zu erhalten. Allerdings fehlt zur Endsumme noch eine ganze Menge, die aber mit der Zeit wohl auch aufgebracht wird.

Wildberg. Die Firma Eger-Industrie, Kieselbrunn, führte in den letzten Wochen hier eine Werbekampagne von Haus zu Haus durch. Durch einfaches Einlegen von sog. Schwelsteinen in Öfen und Herde soll der Holz- und Kohleverbrauch durch die dadurch bewirkte Konzentration der Flamme auf ca. 50% die Kohlenzeit auf etwa die Hälfte herabgemindert werden. Durch Zeugnisse der Staatl. Technischen Hochschule in Karlsruhe und der Württ. Forstdirektion in Stuttgart wurden in Betracht der derzeitigen Brennstoffknappheit die Ergebnisse von Versuchen belegt. Das Fabrikat fand

reichlichen Absatz. — Am 1. 4. gestiftete hier im Schwarzwaldsaal die bekannte Bodensee-Schimmel-Bauernbühne mit dem Bauernstülp in drei Akten „Alles in Ordnung“. Die Besucherzahl ließ nichts zu wünschen übrig.

Untersteinbach. Die Arbeitsgemeinschaft Kapp wohnt geschlossen der „Hamlet“-Aufführung in Calw bei. An der Orchestralleitung können sich noch Interessenten beteiligen. Anmeldungen am Vortragabend, den Stad.-Rat Kapp gibt.

Rehderl verbessert Wasserversorgung

Der Rehderler Gemeinderat faßte in seiner letzten Sitzung folgende Beschlüsse: Zur Verbesserung der teilweise sehr mangelhaften Trinkwasserversorgung, hauptsächlich der Häuser in höheren Ortlagen, wird eine bisher nur provisorisch gefaßte Quelle im Gewand Berg in einem Quellschacht gefaßt, sodaß eine wesentlich größere Leistung in der Trinkwasserversorgung erreicht wird. Nachdem von der Landeskreditanstalt ein Baukredit bewilligt wurde, wird im Schulhaus der Dachstuhl zu zwei Wohnungen ausgebaut. Die Feuerwehr erhält auch die dringend benötigten B-Schlische, damit sie mit der neuen Motorspritze voll einsatzfähig ist. Der bisher schon der Gemeinde viele Unkosten verursachte offene Abflutkanal im oberen Biegel wird an die Kanalisation angeschlossen. Die Handsteuer für 1949 wird auf 20.— DM. pro Hand festgesetzt. Vorgeallt durch den neuerlichen Unfall an der Ausfahrstraße beim Gasthaus zum „Adler“, wurde das Straßen- und Wasserbauamt Calw gebeten, an der Reichstraße Nagold-Altmittel entsprechende Warnschilder anbringen zu lassen. Der beschlossene Ausbau des Erdgeschosses im Rathaus als drittes, dringend benötigtes Schulkloak geht seiner Vollendung entgegen. Auch sind inzwischen die Schulbänke eingetroffen.

Forum in Oberjettingen

Zu einer Forumveranstaltung hatten sich die Oberjettinger Bürger vollzählig versammelt. Bürgermeister Strohschneider ließ vor allem Gouverneur Goldman als Vertreter der Militärregierung, Landrat Dr. Hengstberger, die Sachbearbeiter des Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Ernährungs- und Wohlfahrtsamts des Kreises Böblingen, den Polizeikommissar in Böblingen und andere Behördenvertreter willkommen. Mit dem wichtig gestimmten Männerchor „Freiheit, die ich meine“ begrüßte der „Liederkrantz“ unter Leitung von Gottlob Böß den Gouverneur und die anderen Gäste. Das Forum gestaltete sich sehr lebhaft. Fragen bezüglich der Kriegsgefangenen, Demontage, Sozialreform, Grenzveränderungen im Westen, Lernmittelfreiheit, Schul-

Nagolder Stadtchronik

Die Konfirmationsfeier wurde durch die Mitwirkung des „Liederkrantz“ Nagold erheuernd. Die Stadtkapelle spielte zu Ehren der Konfirmanten eine Choräle vom alten und neuen Kirchturm. — In der methodistischen Kirche wurden Ruth Bott und Margarete Rauscher konfirmiert. In der neopapstlichen Kirche erhielten Kurt Löffler und Heinz Ranz von Nagold, Kurt Eberhard von Emmingen und die Knaben Cromer und Schmied von Ielshausen die Lebensworte.

Ein neues musikalisches Ereignis steht nach dem Besuch des Beutlinger Symphonie-Orchesters und des Tübinger Streichquartetts bevor. Auf Einladung der Oberschule und der Lehrerbilderschule spielt das Hamburger Lauten-Collegium am 11. 4. im Festsaal der Lehrerbilderschule am Nachmittag für die Schüler beider Schulen und um 20 Uhr für die Öffentlichkeit. Unter dem Leitgedanken „Von der Mitternacht sind Arion und Saiten des Barock sowie schöne alte Volkslieder vorgesehen. Der Lautenist Walter Gerwig ist über ganz Deutschland bekannt. Er spielt die doppelchörige Keckbalslaute, die das Hauptinstrument Martin Luthers war, für die noch Bach komponiert hat. Johannes Koch wird mit seinem Blockflötenspiel zeigen, welche musikalischen Möglichkeiten dieses Instrument in sich trägt. Mit der Viola da Gamba, der Katergeige des Barock, die er gleichfalls spielt, wird der seltsam zarte und allringige Klang eines Streichinstruments jener Zeit lebendig. In Verbindung mit dem Sopran Eva-Juliane Gerstens erleben die Zuhörer eine wahrhaft verinnerlichte Hausmusik, einen Musikstil, den wir heute wieder suchen.

Ein Johannes Brahms-Abend findet am Samstag, den 9. April, statt und zwar im Festsaal der Lehrerbilderschule, der nach Beendigung der Renovierungsarbeiten den Konzertsuchern in geschmackvoller Vornehmheit zum ersten Male zugänglich ist. Das Programm enthält Werke aus Brahms' reifem Schaffen auf dem Gebiete des Liedes und der Klaviermusik. Mitwirkende: Fr. Trade Sannwald (Gesang), Calw; Günther Holdt und Studienrat Bosch (Klavier). Die Einwohnerschaft ist herzlich eingeladen.

Im Tonkinstheater läuft über das Wochenende ein neuer und zeitloser Staff „Film ohne Titel“ mit Hildegard Kaul, Hans Söskner u. a. m.

Die Landratsbehörde nimmt wesentlich überhand. Eine ganze Reihe Landratsrichter sind zur Zeit im Anstagerichtgefängnis. Es wird gut sein, wenn man ein wachsames Auge hat und allen Dolmetschern gegenüber es an der nötigen Vorsicht nicht fehlen läßt.

- Altersjubilare: Reinhard August Bauer, geb. 12. 4. 1875; Christiana Blum, geb. Zippert, geb. 25. 4. 1871; Reinhold Anna Ernst, geb. 9. 4. 1860; Katharina Frey, geb. 28. 4. 1876; Konditoreibezitzer Theodor Gauß, geb. 28. 4. 1877; Landwirt Gottlob Grüniger, geb. 13. 4. 1873; Dorothea Günther, geb. Kirschner, geb. 24. 4. 1871; Fabrikant Wilhelm Harr, geb. 26. 4. 1875; Kolonnenführer Friedrich Herkorn, geb. 13. 4. 1872; Güterinspektor Ludwig Heß, geb. 9. 4. 1869; Schreinermeister Friedrich Hetzer, geb. 10. 4. 1877; Katharina Holzinger, geb. Maler, geb. 11. 4. 1870; Konditor Albert Kammeler, geb. 5. 4. 1868; Elise Killy, geb. Herkorn, geb. 20. 4. 1878; Marie Klaid, geb. Bau, geb. 19. 4. 1870; Marie Klenk, geb. Ehrhardt, geb. 21. 4. 1879; Wilhelm Krauß, geb. Eppler, geb. 6. 4. 1877; Kaufmann Simon Levy, geb. 9. 4. 1879; Sofie Lutz, geb. Schmid, geb. 17. 4. 1866; Postmeister a. D. Emil Mächel, geb. 29. 4. 1875; Wilhelm Proß, geb. Grüniger, geb. 9. 4. 1868; Reinhard Christian Sackmann, geb. 22. 4. 1871; Emilie Schmid, geb. Mayer, geb. 26. 4. 1874; Luise Seid, geb. Schüttler, geb. 14. 4. 1874; Schlosser Gottfried Spiegel, geb. 15. 4. 1873; Pauline Steinbrenner, geb. Holzner, geb. 16. 4. 1878; Karoline Weißelich, geb. Raß, geb. 18. 4. 1870; Säger Johannes Tafel, geb. 11. 4. 1872; Maschinenfabrikant Albert Tengel, geb. 17. 4. 1876. In Ielshausen: Hausgärtlerin Marie Calmbach, geb. 27. 4. 1874.

Probleme der Frauenarbeits- u. Hauswirtschaftsschulen

In den Vereinigten Staaten legt man den größten Wert auf eine praktische Ausbildung der jungen Mädchen in Fragen der Haus- und Volkswirtschaft. Man weiß dort genau, daß der größere Teil des Volkvermögens durch die Hände der Frau geht, die wahre Oekonomie also bei der Frau anfangt, die wahre Oekonomie also bei der Frau anfangt, die wahre Oekonomie also bei der Frau anfangt. Es dürfte uns so wichtiger sein, diesen Gedanken auch auf unsere Verhältnisse anzuwenden, als wir mehr als jedes andere Volk auf Entzünden und Sprengung angewiesen sind. Die praktische Seite aber war es nicht allein, die das Kultministerium veranlaßte, die weiblichen Lehrkräfte zu kürzeren Tagungen im Februar und März in die Akademie von Calw einzuberufen. Das Problem der Erziehung zu neuem Denken und zur Formung eines neuen Geschlechts aus unserer Notzeit heraus lag ihr ebenso sehr am Herzen. Von diesem Geiste getragen waren die Vorträge und Gespräche unter den Erzieherinnen, die dem Eigenwesen und der Bestimmung der Frau, ihrem Beruf als Hausfrau und Mutter und ihrem Einfluß am Aufbau unserer zünftigen Gesellschaftsordnung gewidmet waren. Daß die Schule heute eine besondere Aufgabe zu erfüllen hat, ist jedem klar, der sieht, wie die Familienziehung unter den Berufspflichten der Eltern den beschränkten Wohnverhältnissen und den miserablen wirtschaftlichen Verhältnissen zueingeprengt ist.

Wenn auch die Frauenarbeitschulen in unserer Zone fast alle wieder eröffnet sind, so fehlt es an hauswirtschaftlichen Schulen und ihren Einrichtungen (Küchen) fast allenthalben. Mit einigen kirchlichen Wochenstunden ist das, was an Kochkunst, Hausarbeit, Gesundheitspflege, Lebenskunde, Schriftverkehr hier als Mindestfächer nötig ist, nicht zu bewältigen. Dazu kommt, daß Tausende junger Mädchen zu Oberschulen keine Ausbildung dieser Art genießen obwohl bei dem Mangel an Stellen in akademischen Berufen für viele das Haus ihre einzige Wirkungsstätte bleiben wird. Mit großer Begegnung sehen die verantwortlichen Stellen dem Andrang der starken Geburtsjahrgänge in den nächsten Jahren entgegen, denen wieder die Zahl der Räume nach der Lehrpersonen gewachsen sein wird. Hier hilft nur eines: die Ausbildung des jungen Mädchens wieder in die Hände bewährter Frauen zu verlegen, also das obligate Frauenjahr. Einmal Anfang hat das Evang. Mädchenwerk Stuttgart (Danneckerstr. 6) geschaffen, das mit vier Monaten Heimats (als Lehr) und acht Monaten Auslandszeit (in Familien) das Problem zu lösen beabsichtigt. Mit den an der Akademie wirkenden und führenden Lehrkräften teilte sich Fr. Tschautsch vom Kulturministerium Tübingen, die über Organisation, Aufbau und Lehrplan der weiblichen Schulen

sprach, sowie Dr. Just vom Kultministerium Tübingen, der den Beruf der Hausfrau nach ihrer erzieherischen und wirtschaftlichen Bedeutung ins Auge faßte und von der „stillen Revolution“ sprach, die sich in unseren Tagen in der Heranverbreitung eines neuen Denkens über die Grundfragen des Seins, des Innenmenschen und der Wirtschaft vollzieht. Alle guten aufbauenden Kräfte in dieser Aufgabe zu sammeln, muß sich auch die Schule in jeder Form zu Ziele setzen. Weitere Vorträge Berufsnote der weiblichen Jugend, Hausgärtnerfragen, Handarbeitsunterricht als Fach der hauswirtschaftlichen Schule, Zeichen- und Werkunterricht, neuzeitliche Bodenbearbeitung, Kleidgestaltung, ein neuer Musterschritt und Lehrproben über Kindererziehung und abgewandeltes Kreuzstich, von den Teilnehmerinnen selbst beigeleitet, bildeten ein reichhaltiges Programm, das zu lebhafter Aussprache Anlaß gab. Ein ärztlicher Vortrag über Wurmerkrankungen wies auf die Gefahren dieser Volksseuche und ihre Verhütung hin. Viel Interessantes und Anregendes brachte der Vortrag des französischen Doktors über die französische Küche. Alles diese dem einen Ziele der weiblichen Jugend die geistige und moralische Ausrüstung zu geben, die sie befähigt, vollwertig und verantwortungsbewußt ein sinnvolles Hausleben zu gestalten, ein sinnvolles Hausleben zu machen. A. M.

reform usw. wurden vom Gouverneur dahin beantwortet, daß er sein Möglichstes tue, um den vielerlei Wünschen gerecht zu werden. Auch sagte er zu, die Ablehnung der Sommerzeit den maßgebenden Stellen nahelegen. Nach einem weiteren, gut vorgetragenen Chor verabschiedete sich der Gouverneur, nachdem er der Gemeinde für das an den Tag gelangte politische Interesse und dem Gesangverein für seine Darbietungen herzlich gedankt hatte. An den Landrat gerichtete Fragen betrafen in erster Linie den Wiederaufbau des durch Kriegsergebnisse stark zerstörten Dorfes, Wohnverhältnisse und allgemeine Wirtschaftfragen. Im Schlußwort faßte Dr. Hengstberger das Gehörte zusammen. Er appellierte an das Solidaritätsbewußtsein der Einwohner, vntersprech, nach Kräften den Wiederaufbau von Oberjettingen zu fördern, für Bereitstellung entsprechender Mittel Sorge zu tragen, und empfahl, nach dem Vorbild anderer Gemeinden eine Baugenossenschaft zu gründen, um im Wege der Selbsthilfe das Bauen voranzutreiben. Alles in allem: ein Abend, der nicht nur Militärregierung, Behörden und Bürger enger mit einander verband, sondern auch den allseitigen Willen kundtat, durch gemeinsames Handeln dem Ganzen zu dienen.

Einweihung der Eisenbrücke in Niefern. Bei stehendem Sonnenschein wurde die neue Brücke über die Enz in Niefern eingeweiht. Zahlreiche Vertreter der Regierung sowie die Vertreter der Militärregierung aus Stuttgart und Pforzheim, ferner die Abgeordneten des Kreistages und der Stadt Pforzheim waren vertreten. Von der Gemeinde Niefern und den Ortschaften der näheren Umgebung war alles aufgebogen, was lauten konnte. Landrat Dr. Hengstberger nahm die feierliche Eröffnung und Übergabe der Brücke für den Verkehr vor und taufte sie auf den Namen „Disinger-Brücke“ in Anerkennung der großen Verdienste, die der Landrat sich um dieselbe erworben hat. Ein Schalkind durchschritt das weiße Band und die Gäste überschritten als erste die 75 Meter lange Fußbahn, die sich über die Enz spannt und den Ort Niefern mit seinem Bahnhof und der Reichstraße Pforzheim-Stuttgart verbindet. Die Baukosten beliefen sich auf 330.000 DM.

